

Teil I

- Aktuelle Themen -

Thomas Claus

Zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt

Frauen und Männer gestalten ihr Leben unterschiedlich – diese in ihrer Einfachheit schon trivial anmutende und von jeder und jedem unschwer nachvollziehbare Erkenntnis wird in ihrer Bedeutung im täglichen Leben nicht selten unterschätzt. Männer aber auch Frauen neigen in nicht geringem Umfang dazu, geschlechertypische Unterschiede in Einstellungen und Verhaltensweisen, gerade weil sie oftmals als selbstverständlich vorausgesetzt werden, im Alltag zu übergehen und zu ignorieren. Spannungen und Konflikte, deren tiefere Ursachen sich vor diesem Hintergrund nur noch schwerlich ausmachen lassen, sind damit vorprogrammiert. Die mangelnde Berücksichtigung geschlechertypischer Bedürfnisse, Interessenlagen sowie Fähigkeiten und Fertigkeiten führt dabei nicht nur auf individueller Ebene zu Schwierigkeiten im Umgang der Geschlechter miteinander, sondern zeitigt auch auf gesamtgesellschaftlichen Niveau Auswirkungen (z.B. in Form der Verschwendung von Humanpotenzial), von denen sowohl Frauen als auch Männer negativ betroffen sind.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund liegt ein geschlechterbezogenes Herangehen als Voraussetzung für die Gestaltung eines wechselseitig vorteilhaften und in diesem Sinne funktionalen Verhältnisses zwischen Frauen und Männern objektiv im Interesse beider Geschlechter. Dass es sich dabei nicht nur um eine Aufgabe von marginaler Bedeutung und Reichweite handelt, ist unschwer zu erkennen, wenn man berücksichtigt, dass das Geschlechterverhältnis die Lebenszusammenhänge in sämtlichen Bereichen und auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens bestimmt und sich unter den dort jeweils vorhandenen Bedingungen reproduziert und entwickelt. Die Integration der Geschlechterperspektive in die Gestaltung von wirtschaftlichen, sozialen, politischen und anderen gesellschaftlichen Strukturen erweist sich damit nicht nur als Voraussetzung für ein funktionales Geschlechterverhältnis, sondern als entscheidende Bedingung für die Effektivität und Effizienz dieser Strukturen selbst.

Das deshalb notwendige geschlechterbezogene Herangehen in sämtlichen Lebensbereichen und Handlungsfeldern setzt an zentraler Stelle „die Erarbeitung von fachbezogenem Wissen über Differenzen und Gemeinsamkeiten in der Lebenssituation, den Erfahrungen, Interessen und Bedürfnissen von Frauen und Männern sowie die Erschließung von geschlechterbezogenen Forschungsergebnissen“ (Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, 2000, S. 19) voraus. Entsprechend diesem Erfordernis werden im Folgenden ausgewählte Aspekte der Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt einer näheren Betrachtung unterzogen. Im Mittelpunkt steht dabei weniger die Vollständigkeit der Darstellung als vielmehr das Anliegen, Wesenszüge der Lebenssituation von Frauen und Männern als Ansatzpunkte politikgestaltender Aktivitäten kenntlich zu machen. Da sich Handlungsbedarfe

speziell dort verorten lassen, wo besonders enge Zusammenhänge zwischen objektiven Entwicklungserfordernissen und subjektiven Einstellungen und Verhaltensweisen von Frauen und Männern erkennbar sind, werden sowohl die jeweiligen Lebensverhältnisse als auch deren subjektive Reflexion in Wertorientierungen, Motiven und Bedürfnissen analysiert. Aktuelle Entwicklungen verweisen in diesem Kontext insbesondere auf die Auseinandersetzung mit Fragen der Bevölkerungsentwicklung, der Wirtschafts- und Beschäftigungssituation, der Bildung und Erziehung sowie auf die Untersuchung von Entwicklungen im Bereich der Familie und der gesellschaftlichen Mitwirkung von Frauen und Männern. Zentrale Entwicklungslinien in diesen Lebensbereichen werden zunächst deskriptiv dokumentiert und daraus ableitbare Bewertungen sowie Handlungsorientierungen in einer abschließenden Zusammenfassung dargestellt¹.

1. Wertorientierungen und Bewertung der Lebensbedingungen

Die Beantwortung der Frage, wovon sich Frauen und Männer in ihrem Handeln leiten lassen, gestattet erste Einblicke in jene Zusammenhänge, die konstitutiv für das Geschlechterverhältnis sind. Betrachtet man in diesem Kontext die in Tabelle 1 dargestellten Rangfolgen der Wertorientierungen, dann ist zunächst zu erkennen, dass sowohl Frauen als auch Männer einer „glücklichen Familie/PartnerInnenschaft“ den höchsten Stellenwert beimessen und sich der Wert „Liebe und Zuneigung“ als weiterer Ausdruck des Strebens nach intakten Sozialbeziehungen, ähnlich wie im Vorjahr, auch 2003 erneut auf Platz 3 der Werteskala findet. Zweierlei fällt dabei auf: Erstens, dass das Streben nach einer „glücklichen Familie/PartnerInnenschaft“ auch gegenwärtig deutlich stärker ausgeprägt ist als der Wunsch „Kinder zu haben“, dahinter also eher die Orientierung auf eine funktionierende PartnerInnenbeziehung als der Wunsch nach einer Familie, in der auch Kinder leben, zu vermuten ist. Gleichzeitig ist jedoch zu erkennen, dass der Wert „Kinder haben“ im Vergleich zum Vorjahr – und dies vor allem bei Männern – an Bedeutung gewonnen hat, woran sich im Rahmen familienpolitischer Maßnahmen anknüpfen lässt. Zweitens wird deutlich, dass Frauen, im Unterschied zum Vorjahr, einem „sicheren Arbeitsplatz“ leicht höhere Bedeutung beimessen als der Orientierung auf eine „glückliche Familie/PartnerInnenschaft“. Dies kann als neuerlicher Hinweis darauf gelten, dass von einem Rückgang der Erwerbsorientierung bei Frauen bzw. einem Bedeutungsverlust der Arbeit auch weiterhin nicht die Rede sein kann.

Größere Verschiebungen in der Wertestruktur von Frauen und Männern lassen sich insgesamt genauso wenig erkennen wie stärkere Differenzen zwischen den

¹ Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich auf Daten und Fakten der offiziellen Statistik sowie eigene empirische Erhebungen, die durch das Gender-Institut im Sommer des Jahres 2002 sowie im Oktober 2003 unter jeweils mehr als 1.000 repräsentativ ausgewählten Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt durchgeführt wurden. In die empirischen Erhebungen zur „Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt“ waren jeweils Frauen und Männer im Alter zwischen 18 und 65 Jahren einbezogen, die innerhalb einer einfachen Zufallsauswahl über die Einwohnermeldeämter des Landes Sachsen-Anhalt ermittelt wurden.

Tabelle 1: Wertorientierungen von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt (Vergleich 2002 und 2003, Rangplätze)

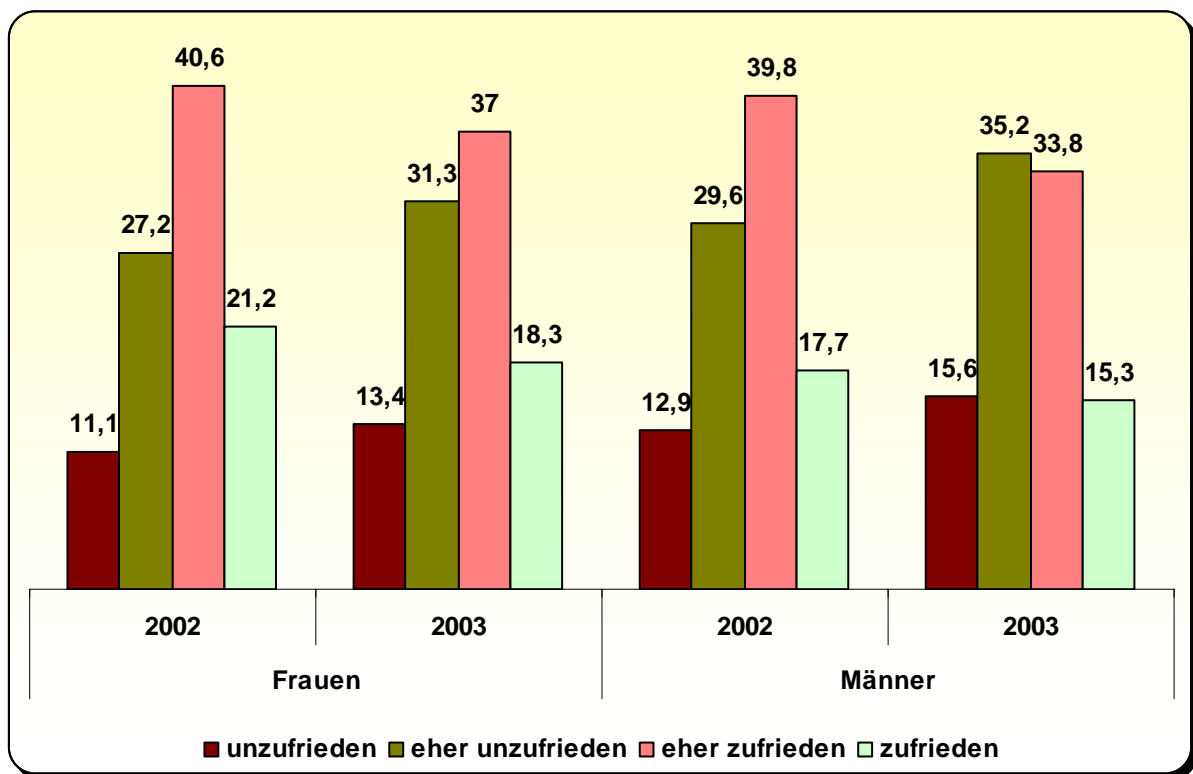
| Wertorientierung | Frauen | | Männer | | Gesamt | |
|--|--------|------|--------|------|--------|------|
| | 2002 | 2003 | 2002 | 2003 | 2002 | 2003 |
| glückliche Familie/PartnerInnen-schaft | 1 | 2 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| sicherer Arbeitsplatz | 2 | 1 | 2 | 2 | 2 | 2 |
| Liebe und Zuneigung | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 |
| gute Bildung/Ausbildung | 4 | 5 | 4 | 4 | 4 | 4 |
| Sinnerfüllte Arbeit | 5 | 4 | 6 | 7 | 5 | 5 |
| Schutz vor Kriminalität | 6 | 6 | 5 | 5 | 6 | 6 |
| finanzielle Unabhängigkeit | 7 | 7 | 7 | 6 | 7 | 7 |
| saubere Umwelt | 8 | 8 | 8 | 8 | 8 | 8 |
| gesunde Lebensweise | 9 | 9 | 11 | 10 | 9 | 9 |
| Erfolg im Beruf | 10 | 11 | 9 | 9 | 10 | 10 |
| sinnvolle Freizeitgestaltung | 13 | 13 | 10 | 12 | 11 | 12 |
| Kinder haben | 11 | 10 | 14 | 11 | 12 | 11 |
| für andere Menschen da sein | 12 | 12 | 13 | 13 | 13 | 13 |
| das Leben genießen | 14 | 14 | 12 | 14 | 14 | 14 |
| materieller Wohlstand | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 |
| sich politisch engagieren u. Einfluss nehmen | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 |
| nach religiösen Werten leben | 17 | 17 | 17 | 17 | 17 | 17 |

Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt, 2002 und 2003

Geschlechtern selbst. Geschlechtertypische Unterschiede, die sich feststellen lassen, sind u.a. darin zu sehen, dass Frauen einer „sinnerfüllten Arbeit“ eine zunehmend stärkere Bedeutung beimessen als Männer, für die weiterhin der „Erfolg im Beruf“ eine größere Rolle spielt bzw. die instrumentelle Funktion der Arbeit im Sinne der Sicherung „finanzieller Unabhängigkeit“ an Gewicht gewinnt. Trotz der weiterhin stärker ausgeprägten Ausrichtung von Frauen auf eine „gesunde Lebensweise“, ist auch bei Männern ein leichter Bedeutungszuwachs in Bezug auf diesen Wert zu verzeichnen. Wertorientierungen wie „materieller Wohlstand“ oder das „Leben genießen“ bleiben sowohl für Frauen als auch Männer eher nachrangig, wobei speziell bei Männern die „Genussorientierung“ aber auch eine „sinnvolle Freizeitgestaltung“ im Vergleich zum Vorjahr an Bedeutung verlieren. Wie auch für Ostdeutschland insgesamt (Bundeszentrale für politische Bildung 2002, S. 453 ff) kann festgehalten werden, dass innerhalb der Wertehierarchie von Frauen und Männern die Orientierung auf private Lebensbereiche dominiert, während das soziale und politische Engagement („für andere Menschen da sein“, „sich politisch engagieren und Einfluss nehmen“) weiterhin eine eher untergeordnete Rolle spielt. Die dargestellten Wertorientierungen konstituieren neben Bedürfnissen, Interessen und weiteren Elementen subjektiver Einstellungen ein bestimmtes Anspruchsniveau, auf dessen Grundlage Frauen und Männer ihre Lebensbedingungen wahrnehmen

und beurteilen. Eine in den Sozialwissenschaften häufig genutzte Kennziffer, die es gestattet, das Spannungsverhältnis zwischen Ansprüchen einerseits und den Modalitäten ihrer Befriedigung andererseits zu bewerten, ist die „Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation“. Betrachtet man die im Diagramm 1 dargestellten Daten, dann ist erkennbar, dass Frauen sich in den Jahren 2002 und 2003 jeweils zufriedener äußern als Männer, bei denen im Jahr 2003 mit etwas mehr als 50 Prozent erstmals der Anteil „Unzufriedener“ gegenüber dem der „Zufriedenen“ überwiegt. Im Zeitvergleich zeigt sich eine wachsende Unzufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation bei beiden Geschlechtern, wobei die Zunahme bei Männern stärker ausfällt als bei Frauen.

Diagramm 1: Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation (Vergleich 2002 und 2003, Angaben in Prozent)



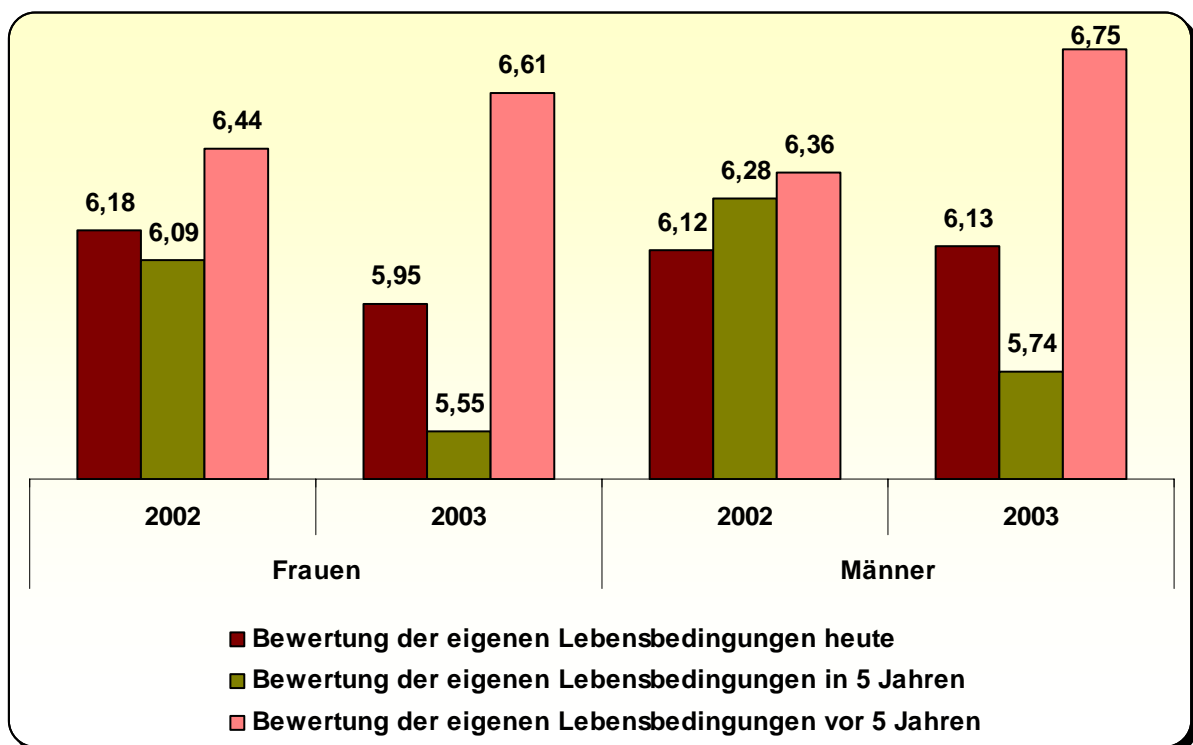
Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt, 2002 und 2003

Korrelationen zwischen der Zufriedenheit mit der persönlichen Situation und der Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen, die sämtlich hochsignifikanten Charakter tragen, belegen, dass von der „Zufriedenheit mit der finanziellen Situation“ sowie der „Zufriedenheit mit der eigenen Beschäftigungssituation“ der deutlich größte Einfluss auf die allgemeine Lebenszufriedenheit bei Frauen und Männern ausgeht. Auffällig ist die Tatsache, dass die allgemeine Lebenszufriedenheit bei jenen am größten ist, in deren Haushalt keine Kinder leben, während sie mit zunehmender Kinderzahl im Haushalt signifikant abnimmt. Angesichts dessen kann davon ausgegangen werden, dass man Kinder - unter den jeweils gegebenen Lebensbedingungen - zunehmend mit Einschränkungen des persönlichen

Wohlbefindens assoziiert und sie stärker als Belastung denn als Bereicherung der individuellen Lebenssituation empfindet.

Weiterführende Einblicke in die Lebenssituation gestattet die „Bewertung der persönlichen Lebensbedingungen“. Frauen und Männer wurden zu diesem Zweck gebeten, die Qualität ihrer Lebensbedingungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten mit Hilfe einer Punkteskala von 0 – 10 (0 = ganz und gar schlechte Lebensbedingungen, 10 = sehr gute Lebensbedingungen) zu bewerten. Die in Diagramm 2 in Form von Mittelwerten ausgewiesenen Ergebnisse belegen, dass sich die Bewertung der „gegenwärtigen Lebensbedingungen“ durch Frauen, die im Jahr 2002 noch höher als diejenige der Männer ausfiel, im Jahr 2003 verschlechtert hat, während sich die der Männer – wenn auch nur unwesentlich – verbesserte.

**Diagramm 2: Bewertung der persönlichen Lebensbedingungen¹
(Vergleich 2002 und 2003)**



¹ Mittelwerte einer Skala von 0 = schlechteste Lebensbedingungen bis 10 = beste Lebensbedingungen
Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt, 2002 und 2003

Als konfliktträchtig und Unzufriedenheitspotenziale speisend, kann der Sachverhalt gelten, dass sich die Differenz zwischen der Bewertung der früheren, gegenwärtigen und künftig angenommenen Lebensbedingungen, vor allem in Verbindung mit gesunkenen Erwartungen in Bezug auf die Entwicklung der Lebensbedingungen in 5 Jahren, weiter erhöht hat. Gingen Männer im Jahr 2002 mit Blick in die Zukunft noch davon aus, dass sich ihre Lebensbedingungen verbessern würden, so sind sie – wie schon die Frauen im Jahr 2002 – jetzt eher der Auffassung, dass sich diese im Zeitverlauf verschlechtern werden. Der aus diesen Zahlen ersichtliche Zukunftspessimismus, der besonders deutlich bei Frauen in Erscheinung tritt, setzt

ein Achtungszeichen, da - sofern diese einstellungsrelevanten Bewertungen im Verhalten ihren Niederschlag finden - daraus in mehrfacher Hinsicht negative Wirkungen für die Entwicklung des Landes resultieren können, wie sie speziell in desintegrativen Prozessen ihren Niederschlag finden. So gilt beispielsweise das Bestreben, das Gleichgewicht zwischen persönlichen Bedürfnissen und Umfeldrealität wieder herzustellen als so genannter „push-Faktor“, der die Migrationsneigung verstärkt und damit negativ auf die Bevölkerungsentwicklung wirken kann (Dienel/Gerloff 2003, S.).

Erste Ansatzpunkte, wie sich gleichzeitig auf eine Verbesserung der objektiven Lebenssituation *und* auf deren subjektive Wahrnehmung im Sinne einer Erhöhung des sozialen Wohlbefindens Einfluss nehmen lässt, können aus einer Gegenüberstellung der bereits dargestellten Wertorientierungen und der allgemeinen Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen gewonnen werden (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Zufriedenheit mit ausgewählten Modalitäten der Lebenssituation in Sachsen-Anhalt (Vergleich 2002 und 2003, Angaben in Prozent)

| Zufriedenheit mit ... | Frauen | | | | Männer | | | |
|--|-------------------------------|------|-----------------------------------|------|-------------------------------|------|-----------------------------------|------|
| | „zufrieden“, „eher zufrieden“ | | „unzufrieden“, „eher unzufrieden“ | | „zufrieden“, „eher zufrieden“ | | „unzufrieden“, „eher unzufrieden“ | |
| | 2002 | 2003 | 2002 | 2003 | 2002 | 2003 | 2002 | 2003 |
| der Wohnsituation | 80,8 | 80,5 | 19,2 | 19,6 | 81,6 | 86,6 | 18,4 | 13,4 |
| der Gestaltung der Verkehrswege | 67,1 | 71,4 | 32,9 | 28,6 | 63,9 | 66,1 | 36,1 | 33,8 |
| der Umweltsituation | 65,2 | 67,2 | 34,8 | 32,9 | 73,0 | 74,8 | 27,0 | 25,2 |
| den Kultur-, Sport- u. Freizeitangeboten | 64,7 | 65,5 | 35,3 | 34,6 | 60,5 | 69,7 | 39,5 | 30,3 |
| der medizinischen Versorgung | 63,0 | 66,9 | 37,0 | 33,2 | 64,7 | 67,9 | 35,3 | 32,1 |
| den Möglichkeiten der pol. Mitwirkung | 48,1 | 40,6 | 51,9 | 59,4 | 50,5 | 40,3 | 49,5 | 59,7 |
| der Unterstützung von Familien | 38,3 | 30,7 | 61,7 | 69,3 | 40,9 | 28,7 | 59,1 | 71,3 |
| der Sicherheit und dem Schutz vor Kriminalität | 38,2 | 49,9 | 61,8 | 50,2 | 35,4 | 42,8 | 64,6 | 57,2 |
| der Bildung und Erziehung | 32,1 | 30,6 | 67,9 | 69,3 | 23,7 | 24,7 | 76,3 | 75,4 |
| den politischen Verhältnissen | 22,8 | 20,3 | 77,2 | 79,7 | 34,5 | 26,5 | 65,5 | 73,5 |
| der wirtschaftlichen Situation | 7,2 | 5,4 | 92,8 | 94,6 | 3,5 | 5,2 | 96,5 | 94,8 |
| der Arbeitssituation | 1,6 | 0,9 | 98,4 | 99,1 | 0,6 | 1,1 | 99,4 | 98,9 |

Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt, 2002 und 2003

Interventionsmöglichkeiten ergeben sich dabei insbesondere dort, wo einem hohen Stellenwert einzelner Lebensbereiche in der Werteskala eine stark ausgeprägte Unzufriedenheit mit diesem Lebensbereich gegenübersteht. Es überrascht dabei wenig, dass der hohe Stellenwert der Arbeitsorientierungen einerseits und die stark ausgeprägte Unzufriedenheit mit der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftssituation in Sachsen-Anhalt andererseits, diese durch das Land ohnehin als zentral betrachteten Aufgaben in den Mittelpunkt künftiger Aktivitäten rückt. Darüber hinaus wird jedoch ersichtlich, dass besonders der Orientierung auf eine „glückliche Familie/PartnerInnenschaft“ eine relativ große Unzufriedenheit mit der „Unterstützung von Familien in Sachsen-Anhalt“ gegenübersteht, die bei Frauen und besonders bei Männern im Zeitraum von 2002 bis 2003 noch deutlich zugenommen hat. Ähnliches gilt für den Bereich der „Bildung und Erziehung“. Nimmt diese Orientierung innerhalb der Werteskala mit Rang 4 einen der vorderen Plätze ein, so sind es immerhin mehr als zwei Drittel aller Frauen und drei Viertel aller Männer, die sich diesbezüglich „unzufrieden“ zeigen. Im Unterschied zu Maßnahmen in anderen Bereichen versprechen gezielte Aktivitäten zur Entwicklung der Familien- sowie Bildungs- und Erziehungssituation nicht nur eine reale Verbesserung der Lebenssituation selbst, sondern auch besonders positive Effekte hinsichtlich der Zufriedenheit von Frauen und Männern mit den Lebensbedingungen in Sachsen-Anhalt, was wiederum die Bindung an und Identifikation mit dem Land erhöht. Besonders Letzteres zu erreichen, wird angesichts der zunehmenden demographischen Probleme immer mehr zu einer übergreifenden Aufgabe in sämtlichen Politikfeldern, weshalb im Folgenden etwas detaillierter auf Fragen der Bevölkerungsentwicklung eingegangen wird.

2. Bevölkerungsentwicklung

Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit Sachsens-Anhalts hängt heute mehr denn je davon ab, ob und inwieweit es gelingt, die gerade in den letzten Jahren verstärkt zu Tage tretenden Probleme in der Bevölkerungsentwicklung zu lösen. Auf geringem Niveau stagnierende Geburtenraten, eine zunehmende Lebenserwartung sowie hohe Wanderungsverluste bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme².

Der seit Jahren beobachtbare Bevölkerungsrückgang, der in Sachsen-Anhalt stärker ausfällt als in jedem anderen Bundesland, setzte sich auch im Jahr 2002 weiter fort. Lebten im Jahr 2001 noch 2.580.626 Personen (Frauen: 1.324.898, Männer: 1.255.728) in Sachsen-Anhalt, so verringerte sich die Bevölkerung 2002 weiter um 1,2 Prozent auf 1.307.079 Frauen und 1.241.832 Männer. Innerhalb dieser Gesamtentwicklung fiel der prozentuale Bevölkerungsrückgang bei Frauen mit 1,3 Prozentpunkten leicht höher aus als bei Männern (1,1 Prozentpunkte).

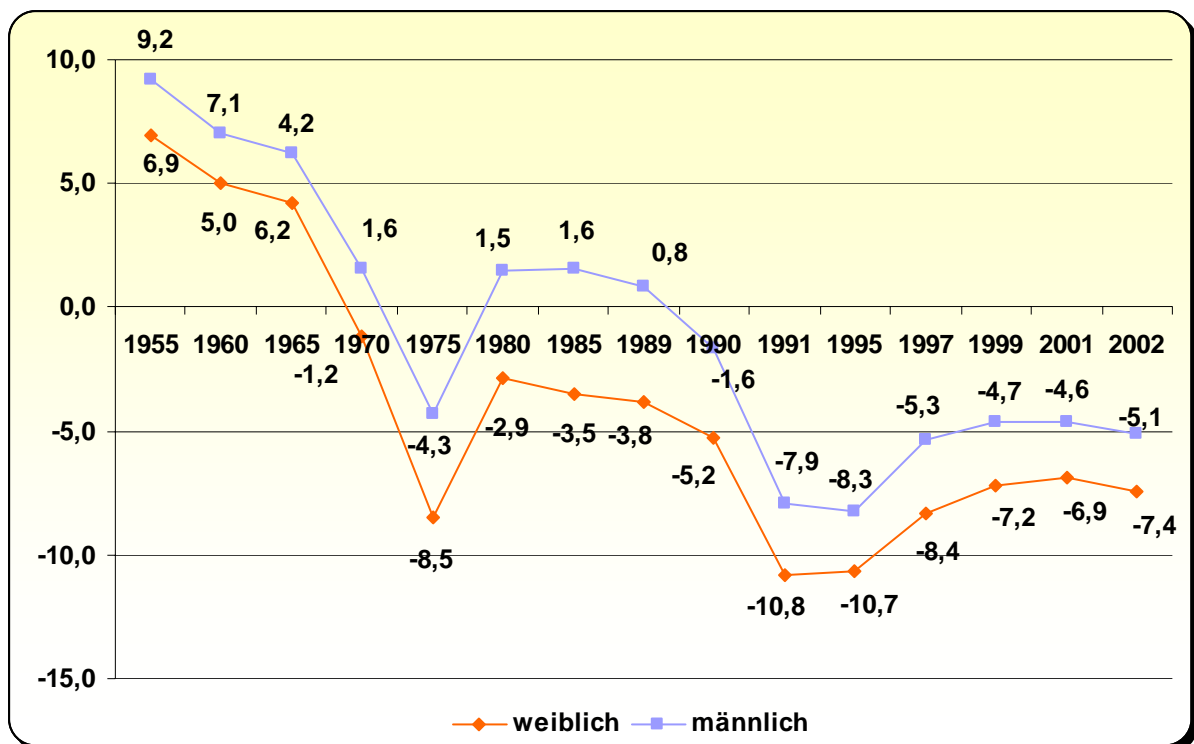
² Ausführliches Datenmaterial zur Bevölkerungsentwicklung findet sich im Teil II des vorliegenden Reports unter Punkt 1.

Als besonders dramatisch ist die Tatsache zu bewerten, dass insbesondere in den jüngeren Altersgruppen überdurchschnittliche Bevölkerungsverluste zu verzeichnen sind, während sich der Anteil Älterer an der Gesamtbevölkerung deutlich erhöhte. So ging im Zeitraum von 1991 bis zum Jahr 2002 in der Altersgruppe der unter 15jährigen der Anteil von Frauen und Männern um jeweils rund 43 Prozent zurück, während er in der Altersgruppe der über 65jährigen im gleichen Zeitraum bei Frauen um 13,6 Prozent und bei Männern sogar um 48,3 Prozent anstieg. Damit war im Jahr 2002 mehr als jede fünfte Frau in Sachsen-Anhalt älter als 65 Jahre und gehörten bereits 15,5 Prozent aller Männer dieser Altersgruppe an.

Ausschlaggebend für diese strukturellen Verschiebungen waren u.a. der starke Geburtenrückgang zu Beginn der 90er Jahre sowie der an sich positive Fakt, dass sich die Lebenserwartung von Frauen im Zeitraum von 1991/93 bis 1999/2001 um durchschnittlich 3,31 Jahre auf 80,11 Jahre und die von Männern sogar um 3,75 Jahre auf 73,17 Jahre erhöhte.

Ein Blick auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung³ unterstreicht, dass hinsichtlich des anzustrebenden Bevölkerungswachstums besonders in den jüngeren Altersgruppen, kein Grund zum Optimismus besteht (vgl. Diagramm 3). Seit dem Jahr 2002 werden - aufgrund eines seit 1995 erstmals wieder zu verzeichnenden Anstiegs des Geburtendefizits - Bevölkerungsverluste in Sachsen-Anhalt wieder

Diagramm 3: Geburtenüberschuss und Geburtendefizit (1955-2002, Angaben in 1.000)

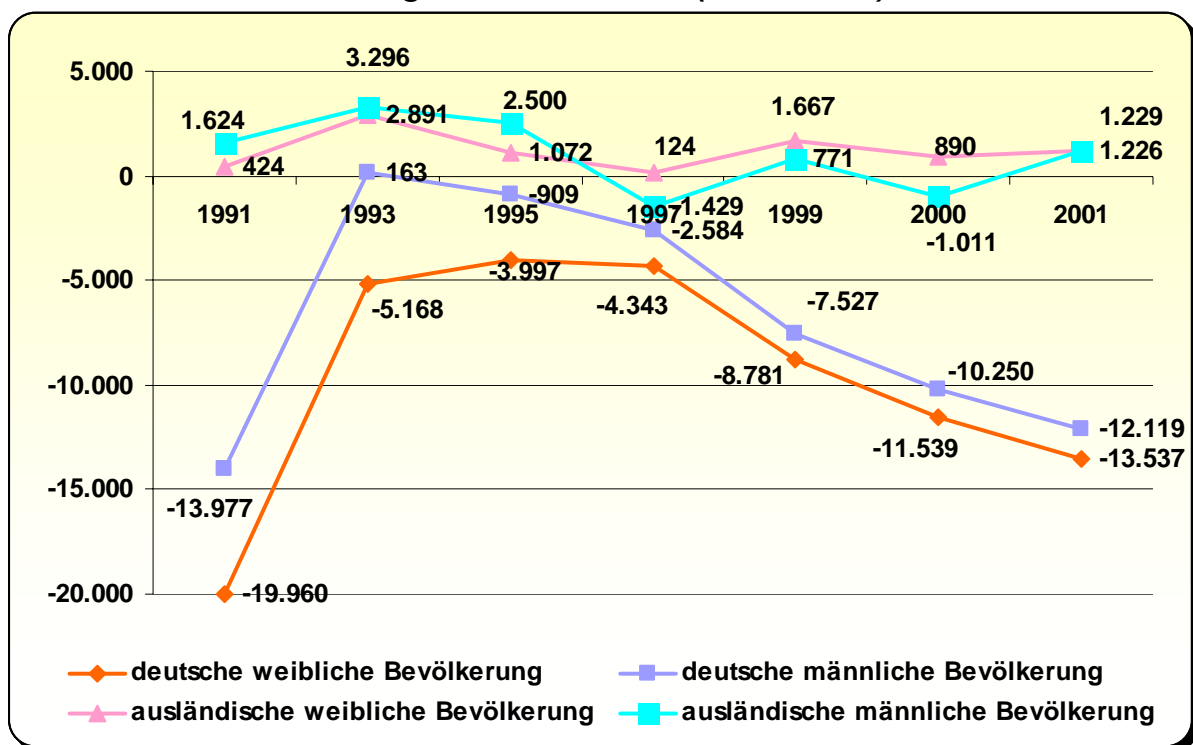


Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

³ Aussagen zur natürlichen Entwicklung der Bevölkerung werden über die Berechnung der Differenz von Geborenen und Gestorbenen in den Kennziffern „Geburtenüberschuss“ bzw. „Geburtendefizit“ ausgewiesen.

zunehmend durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung mit verursacht. In noch größerem Umfang als die charakterisierten natürlichen Faktoren, nehmen Wanderungsverluste auf die Verringerung der Bevölkerung Einfluss. Nach Berechnungen des Landesamtes für Statistik wird der in Sachsen-Anhalt zu verzeichnende Bevölkerungsrückgang zu einem Drittel durch die natürlich bedingte Abnahme der Bevölkerung und zu zwei Dritteln durch Wanderungsverluste bewirkt. Ein Blick auf die Entwicklung der Wanderungssalden lässt auch in diesem Bereich einen negativen Trend erkennen (vgl. Diagramm 4). Gegenüber den bei ausländischen MitbürgerInnen (speziell bei Männern) zu verzeichnenden Wanderungsgewinnen, fielen die Wanderungssalden bei deutschen Frauen und Männern im Jahr 2001 erneut unter das Niveau des Vorjahres. Dabei lag der Wanderungssaldo deutscher Frauen im Jahr 2001 mit -13.537 Personen wiederholt unter dem deutscher Männer (-12.119), verschlechterte sich gegenüber dem Jahr 2000 mit 17,3 Prozent jedoch in geringerem Umfang als der Wanderungssaldo der deutschen männlichen Bevölkerung (18,2 Prozent). Wiederum war es die für die Zukunft des Landes so wichtige Altersgruppe der 20 bis unter 25jährigen, in der die größten Abwanderungsverluste (2000: 5.906 Personen; 2001: 6.518 Personen) und (nach der Gruppe der 15 bis 20jährigen) die stärkste geschlechtsspezifische Differenz im Wanderungsverhalten zu beobachten war. Mit 3.840 Frauen verlor Sachsen-Anhalt in dieser Altersgruppe 43,4 Prozent mehr weibliche als männliche

Diagramm 4: Wanderungssalden der ausländischen und deutschen Bevölkerung nach Geschlecht (1991 - 2001)

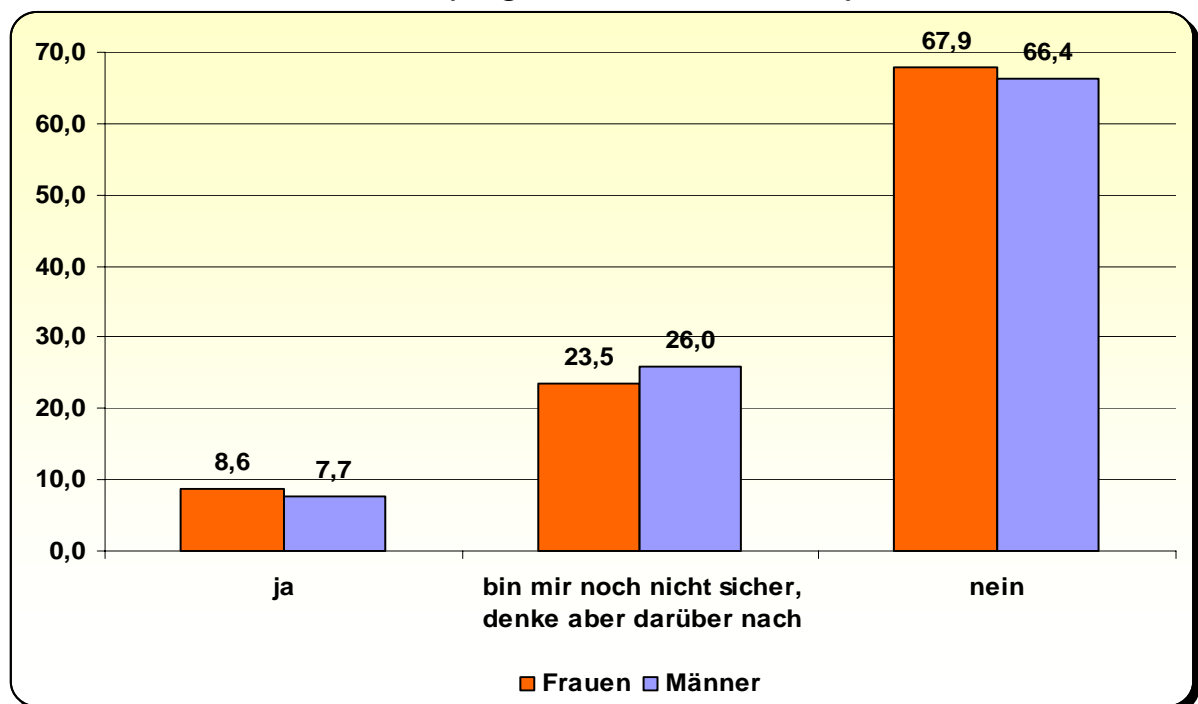


Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

Personen (2.678), wobei sich der Wanderungsverlust bei den Frauen gegenüber dem Vorjahr um 21,1 Prozent erhöhte.

Ohne hier einer notwendigen Bewertung und Vertiefung dieser Aussagen vorzugreifen⁴, sei abschließend darauf verwiesen, dass Sachsen-Anhalt auch künftig mit größeren Wanderungsverlusten zu rechnen hat. Dies bestätigen u.a. die Antworten auf die Frage nach der Absicht, in den nächsten 2 Jahren aus Sachsen-Anhalt fortzuziehen (vgl. Diagramm 5). Im Jahr 2003 waren sich zwischen 8 und 9 Prozent aller dazu befragten Frauen und Männer im Alter von 18 bis 65 Jahren bereits sicher, dass sie Sachsen-Anhalt in den nächsten 2 Jahren verlassen werden, während immerhin noch jeweils annähernd 25 Prozent diese Handlungsoption in Betracht zogen. Wie die Auswertung der Daten belegt, existiert auch hier ein relativ starker Zusammenhang zwischen der Wanderungsabsicht und dem Alter in der Form, dass weiterhin besonders unter Jüngeren eine relativ hohe Wanderungsbereitschaft existiert. So gaben beispielsweise 58 Prozent aller unter 20jährigen Frauen an, sich sicher zu sein bzw. darüber nachzudenken, in den nächsten 2 Jahren aus Sachsen-Anhalt fortzuziehen, bei Männern sogar 88 Prozent. In der Gruppe der 20 bis unter 30jährigen waren es mit 53,2 Prozent wieder mehr Frauen als Männer (43,7 Prozent), die diese Absicht äußerten⁵.

Diagramm 5: Haben Sie vor, in den nächsten 2 Jahren aus Sachsen-Anhalt fortzuziehen? (Angaben in Prozent, 2003)



Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt, 2003

⁴ vgl. dazu den Beitrag von Dienel, Gerloff: „Geschlechtsspezifische Besonderheiten der innerdeutschen Migration für Sachsen-Anhalt“ im vorliegenden Band, S. ff

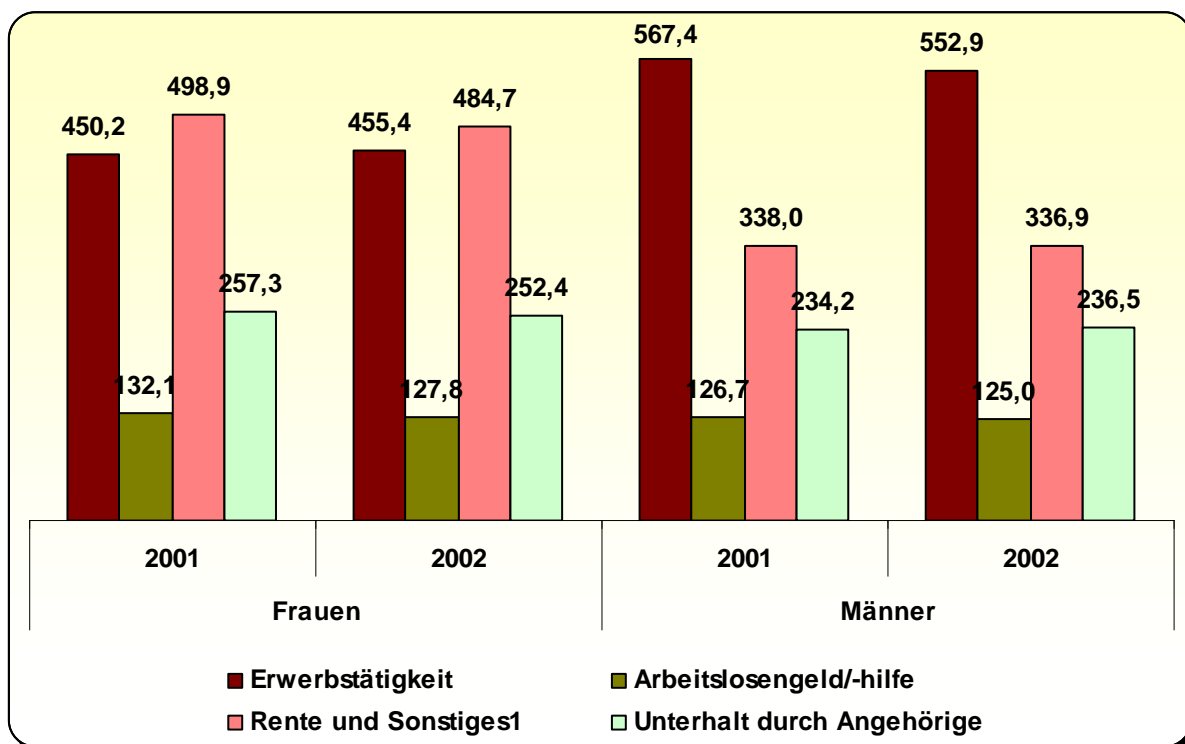
⁵ Dass hinter dieser Wanderungsabsicht, nur in geringem Umfang das an sich begrüßenswerte Motiv, die „Welt kennen zu lernen“ steht, sondern wesentlich stärker die als gering bewerteten Zukunftschancen in Sachsen-Anhalt, wurde an anderer Stelle bereits ausführlich dargelegt und wird deshalb hier nicht gesondert erörtert (Claus 2002, S. 18 ff.).

3. Wirtschaftliche Situation

Eine gesicherte wirtschaftliche Situation und finanzielle Unabhängigkeit bilden die zentrale Basis für die Chancengleichheit der Geschlechter und fungieren als Voraussetzung für selbstbestimmtes Handeln und eine angemessene Lebensqualität von Frauen und Männern⁶.

Als wichtigste Quelle und zugleich Hauptmöglichkeit der selbständig realisierten Sicherung des Lebensunterhalts gilt gemeinhin die Erwerbstätigkeit. Analysiert man unter diesem Gesichtspunkt das Geschlechterverhältnis, dann ist zu erkennen, dass auch im Jahr 2002 Frauen mit einem Anteil von 45,2 Prozent noch immer in geringerem Umfang als Männer (54,8 Prozent) über die Möglichkeit verfügten, ihren Lebensunterhalt vermittels des Einkommens aus einer Erwerbstätigkeit zu bestreiten. Der im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr insgesamt zu verzeichnende Rückgang jener Personen, die in der Lage waren, ihren Lebensunterhalt über eine Erwerbstätigkeit zu sichern, ging dabei vor allem zu Lasten der Männer, was zur Verringerung der Geschlechterdifferenz auf einem insgesamt niedrigerem Niveau führte (vgl. Diagramm 6).

Diagramm 6: Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt (Vergleich 2001 und 2002, Angaben in 1.000)



¹ Rente, Pension, eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Altenteil, Sozialhilfe/Leistungen aus einer Pflegeversicherung, sonstige Unterstützung wie BAföG, Vorruhestandsgeld, Stipendium
Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt und eigene Berechnungen

⁶ Ausführliches Datenmaterial zur wirtschaftlichen Situation von Frauen und Männern ist im Teil II des vorliegenden Reports unter Punkt 2 zusammengestellt.

Wie sich aus den im Diagramm dargestellten Proportionen ebenfalls ablesen lässt, bildete die „Erwerbstätigkeit“ für Männer im Jahr 2002 mit 44,2 Prozent die Haupteinnahmequelle, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, was nur für 34,5 Prozent aller Frauen zutraf, von denen mit 36,7 Prozent der größte Teil seinen Lebensunterhalt vorrangig über „Renten und Sonstiges“ finanzieren musste (Männer: 26,9 Prozent). Resultiert diese Geschlechterdifferenz zum einen daraus, dass Frauen aufgrund ihres höheren Anteils an älteren BürgerInnen in größerem Umfang Renten beziehen, so spiegelt sich darin zum anderen auch der Sachverhalt wider, dass Frauen häufiger als Männer auf öffentliche Sozialleistungen angewiesen sind. Der insgesamt größere Aufwand im Bereich öffentlicher Sozialleistungen⁷ bildet ein weiteres Indiz für den insgesamt zunehmenden wirtschaftlichen Druck, unter dem Frauen und Männer ihre Leben gestalten. So stieg im Jahr 2001 die Zahl der EmpfängerInnen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt von 86.508 auf 89.477 Personen erneut an und erhöhte sich damit um insgesamt 3 Prozent. Frauen machten dabei mit 54,3 Prozent gegenüber Männern mit 45,7 Prozent nicht nur den Hauptteil der EmpfängerInnen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt aus, sondern verzeichneten im Vergleich zum Vorjahr mit einer Erhöhung um 3,8 Prozentpunkte gegenüber Männern mit 2,9 Prozentpunkten auch die größere Steigerungsrate. Besonderes Augenmerk verdienen hier die Geschlechterdifferenzen, die gerade in den jüngeren Altersgruppen bis zu einem Alter von 25 Jahren verstärkt auftreten. Lag der Anteil von EmpfängerInnen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt an der weiblichen bzw. männlichen Gesamtbevölkerung bei Frauen insgesamt bei 3,67 Prozent und bei Männern mit einem Wert von 3,47 Prozent lediglich um 0,2 Prozentpunkte darunter, so fielen diese Anteile als auch die Geschlechterdifferenz in der Gruppe der 21 bis unter 25jährigen deutlich höher aus. Frauen mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt machten hier 10,5 Prozent der weiblichen Gesamtbevölkerung in dieser Altersgruppe aus, während sich der entsprechende Anteil von Männern mit 4,8 Prozent auf weniger als die Hälfte des Anteils der Frauen belief.

Noch deutlicher als es diese Daten bereits belegen, werden geschlechertypische Differenzen in der wirtschaftlichen Situation, die hauptsächlich zum Nachteil von Frauen ausfallen, anhand der konkreten Zahlen zum monatlichen Nettoeinkommen. Wie aus Tabelle 3 ersichtlich, finden sich in den unteren Einkommensgruppen jeweils mehr Frauen als Männer⁸. Ein Verhältnis, das sich mit wachsendem Einkommen umkehrt bis dahin, dass in der höchsten Einkommensgruppe mit monatlichen Nettoeinnahmen von mehr als 2.000 € lediglich noch 28,9 Prozent Frauen 71,1 Prozent Männer gegenüberstehen. Nicht zuletzt in Verbindung mit den vergleichsweise hohen Unzufriedenheitswerten gerade unter Jüngeren und der in dieser Gruppe speziell bei Frauen relativ hohen Abwanderungsneigung ist auf die geringen Nettoeinnahmen besonders weiblicher Jugendlicher in der Alterskohorte der 15 bis unter 25jährigen hinzuweisen. Liegen hier die höchsten Nettoeinnahmen

⁷ Zu den öffentlichen Sozialleistungen zählen neben der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt, die Hilfe in besonderen Lebenslagen sowie Leistungen entsprechend dem Asylbewerberleistungsgesetz.

⁸ Vergleiche zum Vorjahr sind an dieser Stelle nicht möglich, da eine für 2002 im Zuge der Währungsumstellung auf den EURO vorgenommene Anpassung der Einkommensgruppen dies nicht gestattet.

Tabelle 3: Bevölkerung nach monatlichem Nettoeinkommen, 2002

| Monatliches Nettoeinkommen von ... bis ...unter ... EUR | Frauen | | Männer | | Gesamt | |
|---|----------------|-------------|----------------|-------------|----------------|--------------|
| | 1.000 | Zeilen-% | 1.000 | Zeilen-% | 1.000 | Zeilen-% |
| unter 300 | 138,9 | 55,7 | 110,6 | 44,3 | 249,5 | 100,0 |
| 300 – 500 | 149,4 | 67,9 | 70,5 | 32,1 | 219,9 | 100,0 |
| 500 – 700 | 214,4 | 67,1 | 105,3 | 32,9 | 319,6 | 100,0 |
| 700 – 900 | 174,1 | 53,6 | 150,5 | 46,4 | 324,5 | 100,0 |
| 900 – 1.100 | 150,4 | 44,3 | 189,1 | 55,7 | 339,5 | 100,0 |
| 1.100 – 1.300 | 109,8 | 41,3 | 156,0 | 58,7 | 265,8 | 100,0 |
| 1.300 – 1.500 | 67,2 | 42,2 | 92,0 | 57,8 | 159,2 | 100,0 |
| 1.500 – 2.000 | 60,0 | 39,0 | 93,9 | 61,0 | 153,9 | 100,0 |
| 2.000 und mehr | 26,4 | 28,9 | 64,7 | 71,1 | 91,0 | 100,0 |
| ohne Einkommen | 166,8 | 51,4 | 157,7 | 48,6 | 324,5 | 100,0 |
| Gesamt | 1.320,2 | 51,3 | 1.251,3 | 48,7 | 2.571,5 | 100,0 |

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt und eigene Berechnungen

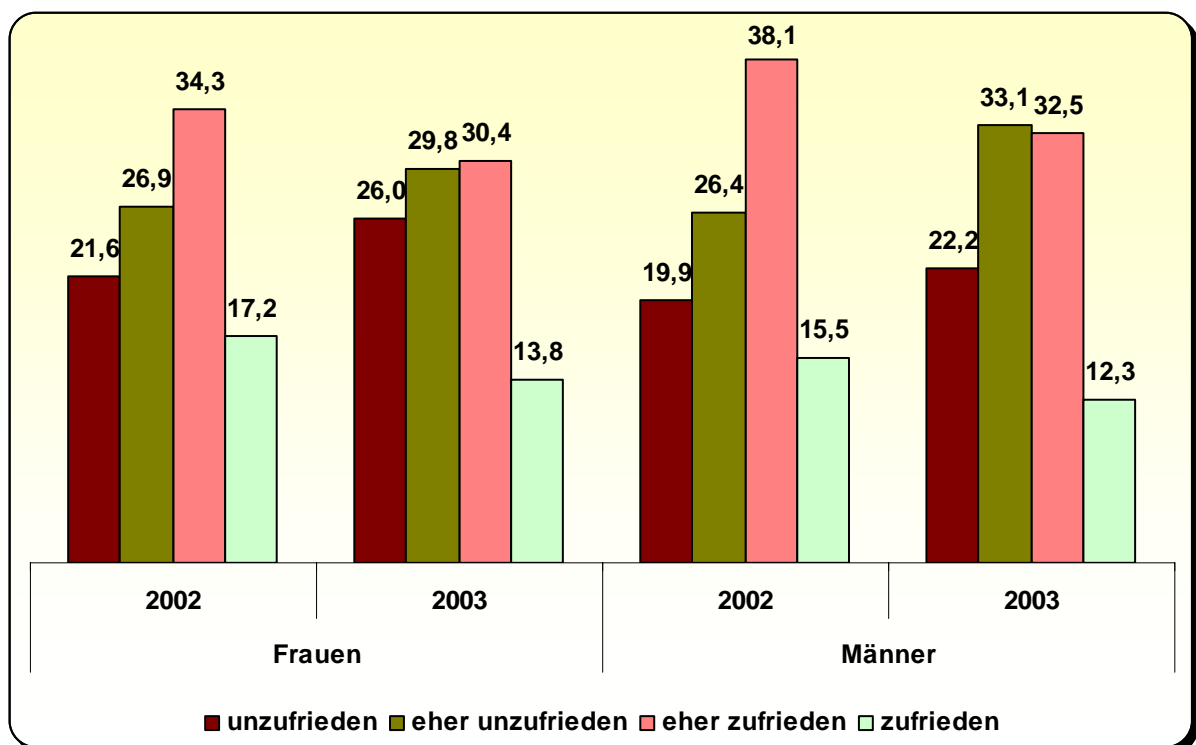
zwischen 1.100 € und 1.300 €, so sind es ausschließlich männliche Jugendliche, die sich in dieser Einkommensgruppe finden. Junge Frauen bis zu einem Alter von 25 Jahren, die maximal bis 1.100 € an monatlichen Nettoeinnahmen verbuchen können, sind unter allen weiblichen Jugendlichen in diesem Alter, die überhaupt Einnahmen erzielen, zu mehr als zwei Dritteln im Segment mit einem Nettoeinkommen bis zu 500 € vertreten. Unter Jüngeren, bei denen geschlechertypische Differenzen noch nicht in jenen Größenordnungen auftreten, wie sie mit zunehmendem Alter zu erkennen sind, ist es deshalb eher die geringe absolute Höhe des Einkommens, die z.B. Bedürfnissen, wie denen nach Gründung einer Familie, entgegensteht und Unzufriedenheit sowie die Neigung zur Abwanderung befördert.

Die mit höherem Alter wachsenden Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern ergeben sich vor allem aus der unterschiedlichen Höhe der Einnahmen durch Berufstätigkeit. Geschlechertypische Einkommensdifferenzen, i.e.S. Ungerechtigkeiten zu Lasten von Frauen, resultieren hier - ähnlich wie bereits in den Vorjahren - aus der Konzentration von Frauen und Männern in bestimmten Berufsgruppen und Wirtschaftszweigen sowie aus Ungleichbehandlungen in der Vergütung identischer Tätigkeiten. Die Verdienste in typischen „Frauenberufen“ liegen dabei weiterhin z.T. erheblich unter denen in so genannten „Männerberufen“. Ungünstigere Rahmenbedingungen für die Realisierung von Karrierechancen, die Frauen trotz vergleichbarer Qualifikation daran hindern, Führungspositionen einzunehmen, zwingen sie in größerem Umfang auf unteren Hierarchieebenen tätig zu sein, was ebenfalls in einem niedrigeren Einkommen seinen Niederschlag findet. Die dargestellten Probleme sind sowohl für Frauen als auch Männer mit deutlichen Einschnitten in der Lebensgestaltung verbunden, was in geringerem Maße bei der „Ausstattung der Haushalte“, in größerem Umfang jedoch an der eher variablen Inanspruchnahme bzw. individuellen „Verfügbarkeit von Leistungen“ deutlich wird.

Die dazu erhobenen Daten lassen in nahezu allen hinterfragten Positionen - angefangen vom Kauf neuer Kleidung, dem Ersatz von Möbeln bis hin zur Möglichkeit, Freunde zum Essen einzuladen - ein Rückgang entsprechender Ausgaben erkennen. Waren es bereits im Jahr 2002 mit 20 Prozent mehr Frauen als Männer (16,9 Prozent), die beispielsweise angaben, sich eine Zahnbehandlung nicht leisten zu können, so erhöhte sich dieser Prozentsatz im Jahr 2003 auf 25,7 Prozent bei Frauen und damit stärker als bei Männern, bei denen dieser Anteil auf 18,2 Prozent stieg. Gegenläufige Entwicklungen zeigten sich hinsichtlich einer privaten Altersvorsorge: Hier war bei Frauen ein Anstieg von 43,3 auf 48,4 Prozent zu verzeichnen, während bei Männern mit 51,1 Prozent ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (53,9 Prozent) festgestellt werden konnte. Ein Fakt, der auf geschlechtertypische Unterschiede in der Prioritätensetzung bei der Verausgabung von Mitteln verweist und angesichts einer steigenden individuellen Verantwortung in der Daseinsvorsorge besondere Beachtung innerhalb einer zielgruppendifferenzierten Aufklärung verdient.

Gewachsene finanzielle Belastungen zeichnen dafür verantwortlich, dass Frauen und Männer - ähnlich wie bereits 2002 - hohe Verbindlichkeiten und Schulden aufweisen. Die „Tilgung von Krediten“ machte 2003 in Haushalten von Männern mit durchschnittlich 399 € pro Monat die höchste Ausgabenposition aus und lag bei Frauen, nach Aufwendungen für „Wohnen“ und „Lebensmittel“ mit durchschnittlich 260 € auf Platz 3 der Ausgabenkala. Während der Anteil von Frauen, die Schulden aufweisen, mit 47,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr (47,9 Prozent) nur geringfügig

Diagramm 7: Zufriedenheit mit der persönlichen finanziellen Situation - (Vergleich 2002 und 2003, Angaben in Prozent)



Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt, 2002 und 2003

variierte, erhöhte sich der Anteil verschuldeter Männer von 49,1 auf 52,3 Prozent. Wichtig erscheint in diesem Kontext, dass der Anteil jener Personen, die angaben, Probleme mit der Rückzahlung von Schulden zu haben, sich bei Frauen im Vergleich zum Vorjahr von 15 auf 20,8 Prozent erhöhte und auch bei Männern von 19,4 weiter auf 22,2 Prozent anstieg.

Die in Abhängigkeit von makroökonomischen und -sozialen Problemen zunehmend angespannte wirtschaftliche Situation von Frauen und Männern spiegelt sich auch in der subjektiven Befindlichkeit in Form einer gewachsenen Unzufriedenheit mit der persönlichen finanziellen Situation wider (vgl. Diagramm 7). Sowohl unter Frauen als auch Männern ist im Jahr 2003 mehr als jede/r Zweite mit der eigenen finanziellen Situation unzufrieden, wobei speziell für Männer mit 9 Prozentpunkten ein gegenüber dem Jahr 2002 höherer Anstieg der Unzufriedenheitswerte zu verzeichnen ist als bei Frauen mit 7,3 Prozentpunkten.

4. Beschäftigungssituation

Als wichtigste Einkommensquelle und zentraler Bereich sozialer Integrationsprozesse zählt die Erwerbstätigkeit zum Kern jener Elemente, welche die Lebenssituation von Frauen und Männern bestimmen. Neben ihrer instrumentellen Funktion der Existenzsicherung entscheidet die Erwerbstätigkeit in ihrem Einfluss auf die Sozialkontakte und den sozialen Status nicht nur über die wirtschaftliche, sondern auch über die soziale Stellung und Situation von Frauen und Männern⁹.

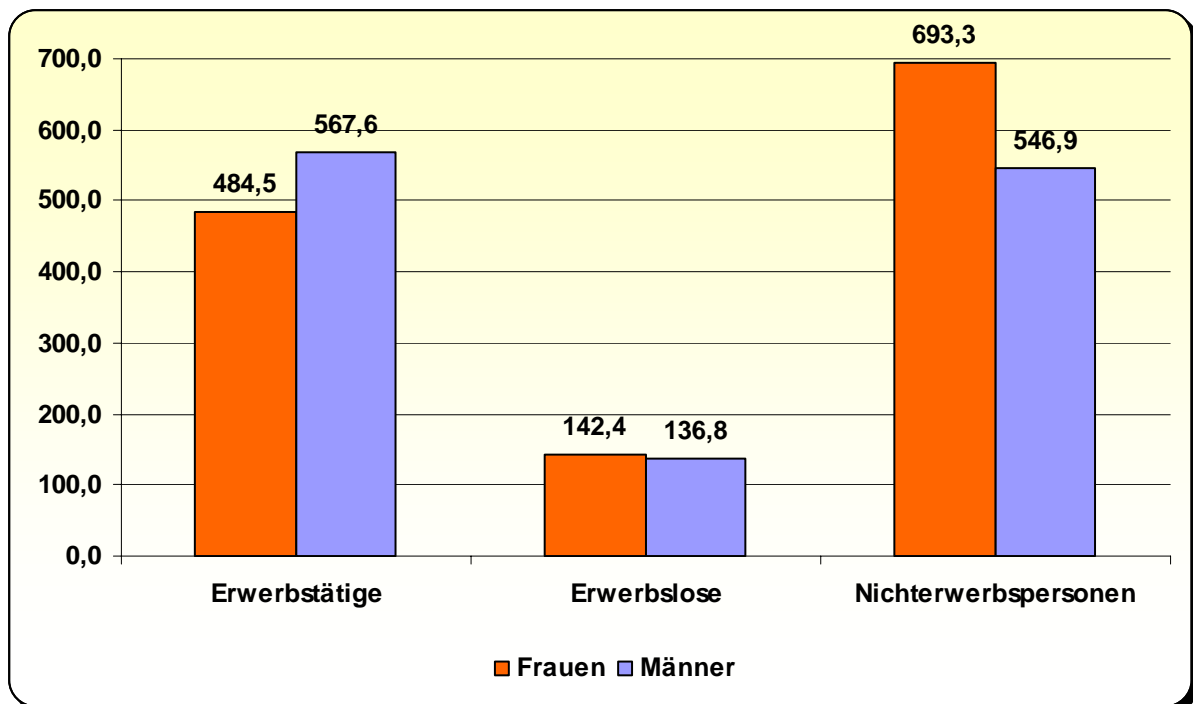
Aufschluss darüber, wie sich die Erwerbssituation von Frauen und Männern gestaltet, liefert die Betrachtung der Proportionen zwischen Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen¹⁰ (vgl. Diagramm 8). Ähnlich wie in den Vorjahren ging auch im Jahr 2002 die Zahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) weiter zurück. Gegenüber dem Jahr 2001 verringerte sie sich von 1.347.100 Personen um 1,2 Prozent auf 1.331.300 Personen, wobei sie sich bei weiblichen Erwerbspersonen mit 0,2 Prozent (+ 1.100 Frauen) leicht erhöhte, während männliche Erwerbspersonen ein Minus von 2,4 Prozent (- 17.100 Männer) verzeichneten. Dennoch lag der Anteil von Männern an den Erwerbspersonen mit 52,9 Prozent weiterhin über dem der Frauen mit 47,1 Prozent.

Mit Blick auf das Geschlechterverhältnis ist besonders auf Disproportionen zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbspersonen aufmerksam zu machen. Während die Zahl der erwerbstätigen Männer im Jahr 2002 mit 567.600 noch um ca. 4 Prozent

⁹ Ausführliches Datenmaterial zur Beschäftigungssituation von Frauen und Männern ist im Teil II des vorliegenden Reports unter Punkt 3 zusammengestellt.

¹⁰ Zu den *Erwerbstätigen* zählen Personen, die einem Erwerb nachgehen, unabhängig, ob sie davon ihren überwiegenden Lebensunterhalt bestreiten bzw. ob es sich um eine hauptberufliche Tätigkeit oder Nebentätigkeit handelt. *Erwerbslose* sind Personen, ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen. Gemeinsam mit den Erwerbstätigen bilden sie die *Erwerbspersonen*. Der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung wird als *Erwerbsquote* bezeichnet, aus der jedoch nicht die aktive Teilnahme am Erwerbsleben ersichtlich ist, da in die Erwerbsquote auch die sich um eine Arbeitsstelle bemühenden Erwerbslosen einbezogen sind. *Nichterwerbspersonen* sind Personen, die zur Zeit keinerlei auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen.

Diagramm 8: Bevölkerung nach der Beteiligung am Erwerbsleben, Mikrozensus 2002 (Angaben in 1.000)



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

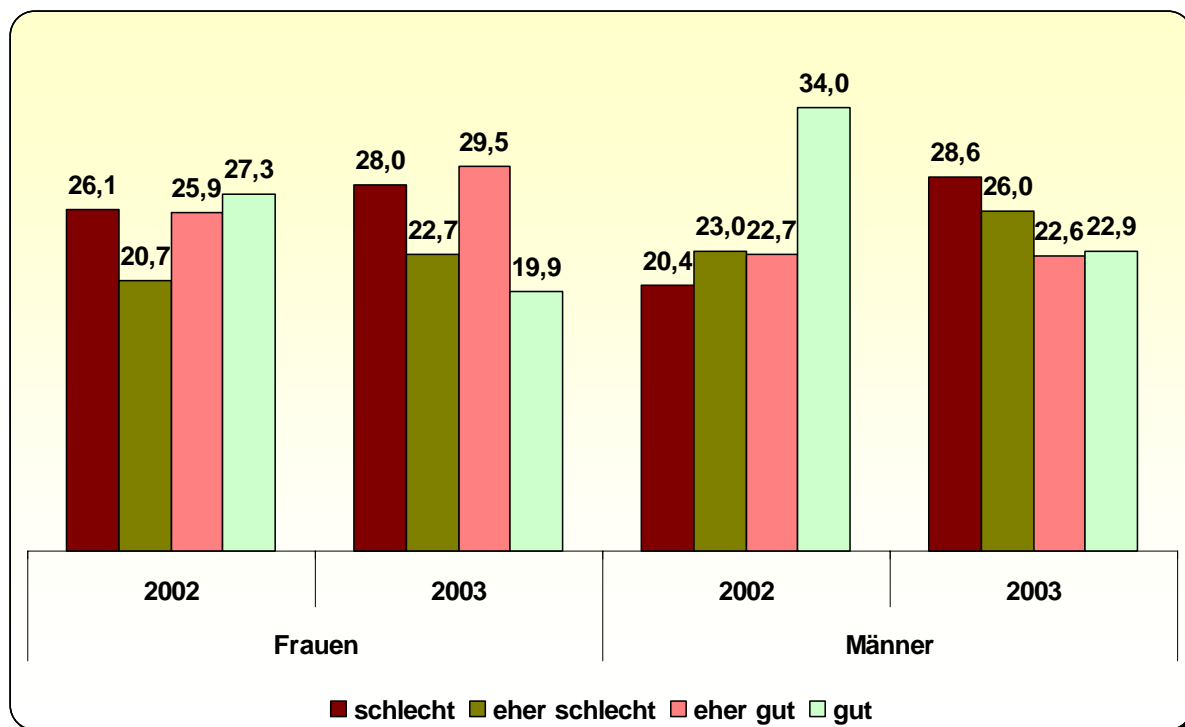
über der männlicher Nichterwerbspersonen (546.900) lag, zählten mit 693.300 Frauen nicht nur ca. 27 Prozent mehr Frauen als Männer zur Gruppe der Nichterwerbspersonen, sondern lag die Zahl weiblicher Nichterwerbspersonen auch um ca. 43 Prozent über der erwerbstätiger Frauen (484.500). Obwohl sich unter quantitativen Gesichtspunkten die Geschlechterdifferenz in der Teilhabe am Erwerbsleben im Zeitverlauf weiter verringerte, verweist eine qualitative Analyse auf den Fortbestand struktureller Benachteiligungen von Frauen. So sind erwerbstätige Frauen auch gegenwärtig in weitaus geringerem Umfang beschäftigt als Männer. Mit 86,9 Prozent stellen sie mehr als drei Viertel aller Teilzeitbeschäftigten und machen lediglich 39,2 Prozent aller Erwerbstätigen mit einer Wochenarbeitszeit von 40 Stunden aus. Unter den Selbständigen, d.h. in jenem Bereich, der besonders in den letzten Jahren als Beschäftigungsalternative zunehmend an Gewicht gewinnt, sind Frauen mit 32,4 Prozent weiterhin unterrepräsentiert¹¹. Als problematisch ist zudem zu bewerten, das besonders unter Jüngeren die Erwerbsquoten von Frauen am geringsten ausfallen und zugleich die größte Geschlechterdifferenz existiert. Mit 71,6 Prozent liegt die Erwerbsquote von Frauen in der Altersgruppe der 20 bis unter 25jährigen beispielsweise um 10 Prozentpunkte unter der gleichaltriger Männer. Die bis hierher grob skizzierten Veränderungen im Erwerbsbereich finden ihre Entsprechung in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Innerhalb des zu verzeichnenden Rückgangs der Arbeitslosenzahlen von 264.493 Personen im Jahr

¹¹ vgl. dazu: Eisentraut, Reschke, Wagner: „Geschlechtsspezifische Aspekte ESF-geförderter Existenzgründungen in Sachsen-Anhalt“ im vorliegenden Report, S. ff.

2001 auf 260.390 im Jahr 2002, verringerte sich die Zahl arbeitsloser Frauen um 4 Prozent (2001: 135.918, 2002: 130.462), während sie sich bei Männern um 1 Prozent von 128.575 auf 129.928 Arbeitslose leicht erhöhte. Im gleichen Zeitraum ging in Verbindung damit die Arbeitslosenquote bei Frauen von 22,0 auf 21,5 Prozent zurück und stieg bei den Männern von 19,8 auf 20,3 Prozent an. Die Geschlechterdifferenz in den Arbeitslosenquoten, die bis Mitte der 90er Jahre noch Werte um 8 Prozentpunkte erreichte, fiel durch die seit 1997 gegenläufige Entwicklung weiblicher und männlicher Arbeitslosenquoten damit erstmals bis auf 0,8 Prozentpunkte. Dieses positive Ergebnis darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass hinsichtlich qualitativer Merkmale der Arbeitslosigkeit besonders für Frauen weiterhin nachteilige Geschlechterunterschiede existieren, auf die deshalb an anderer Stelle noch einmal detailliert eingegangen wird¹².

Die seit mehreren Jahren erkennbare Entwicklung, dass zunehmend auch Männer von negativen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind, gewinnt mittlerweile auch verstärkt in deren subjektiver Wahrnehmung an Präsenz. Deutlich wird dies u.a. an den Antworten auf die Frage „Wie beurteilen Sie ihre Chancen, in den nächsten 2 Jahren ihren Arbeitsplatz zu behalten oder - sofern Sie zur Zeit keine Arbeit haben - einen neuen Arbeitsplatz zu finden?“ (vgl. Diagramm 9).

Diagramm 9: Bewertung der Chancen, in den nächsten zwei Jahren den Arbeitsplatz zu behalten oder einen neuen Arbeitsplatz zu finden (Vergleich 2002 und 2003, Angaben in Prozent)



Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt, 2002 und 2003

¹² vgl. dazu: Slomka: „Frauen und Männer auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt“ im vorliegenden Report, S. ff

Schätzten noch im Jahr 2002 56,7 Prozent aller Männer ihre Arbeitsmarktchancen als „gut“ oder „eher gut“ ein, so verringerte sich dieser Prozentsatz im Jahr 2003 immerhin um mehr als 10 Prozentpunkte auf 45,5 Prozent. Ein Wert, der damit im Jahr 2003 auch unter dem der Frauen von 49,5 Prozent lag.

In Verbindung mit dem gewachsenen Zukunftspessimismus hinsichtlich der Arbeitsmarktchancen verschlechterte sich auch die Zufriedenheit mit der persönlichen Arbeits- und Beschäftigungssituation. Äußerten sich bereits im Jahr 2001 weniger Männer (58 Prozent) als Frauen (62,9 Prozent) mit ihrer Beschäftigungssituation zufrieden, so gingen die entsprechenden Werte im Jahr 2003 - unter Vergrößerung der Geschlechterdifferenz - weiter auf 52,5 Prozent bei Männern und 57,9 Prozent bei Frauen zurück.

Wenn dabei die Zufriedenheit mit der Arbeitsmarktsituation in Sachsen-Anhalt *insgesamt* (vgl. Tabelle 2) deutlich schlechtere Werte zeigt als die Zufriedenheit mit der *persönlichen* Beschäftigungssituation, dann verweist dies auf ein weiterhin existentes Kommunikationsproblem im öffentlichen Raum. Erkennbar wird an diesem Widerspruch, dass es noch immer nicht gelingt, einer realen Darstellung der Arbeitsmarktsituation in Übereinstimmung mit individuellen Einschätzungen in der öffentlichen Meinung Geltung zu verschaffen (vgl. Claus 2002, S. 24).

5. Bildung und Erziehung

Bildung und Erziehung entscheiden maßgeblich über die Lebenschancen der heranwachsenden Generation und damit über Umfang und Qualität des Human- und Innovationspotenzials, über das eine Gesellschaft künftig verfügt. Wie es in Sachsen-Anhalt gelingt, innerhalb der in Landeshoheit gestalteten Betreuungs- und Bildungsangebote die Durchsetzung der Chancengleichheit zu sichern, wird deshalb im Folgenden kurz erörtert. Neben der Betreuung in Kindergärten und -krippen, werden dazu die schulische sowie berufliche Aus- und Weiterbildung sowie die Studienmöglichkeiten betrachtet¹³.

Im Vergleich mit anderen Bundesländern verfügte Sachsen-Anhalt auch im Jahr 2003 mit insgesamt 2.016 Tageseinrichtungen über ein gut ausgebautes Netz von Institutionen der Kinderbetreuung. Der Sachverhalt, dass sich die Zahl der Tageseinrichtungen im Verlauf des Jahres 2002 von 2.044 auf 2.016 leicht verringerte, während die Zahl zu betreuender Kinder von 104.995 auf 108.507 anwuchs, verweist auf die gestiegene Zahl der pro Einrichtung betreuten Kinder und einen damit gewachsenen Betreuungsaufwand. Wie die Daten für das Jahr 2002 belegen, konnten erneut jeweils mehr als zwei Drittel aller Mädchen und Jungen in der Bevölkerungsgruppe unter 6 Jahren in Kindereinrichtungen betreut werden. Sowohl der Umfang als auch die Qualität von Kinderkrippen/-gärten werden von Frauen und Männern unter allen Betreuungs- und Bildungsangeboten in Sachsen-

¹³ Ausführliches Datenmaterial zur Betreuungs- und Erziehungssituation ist im Teil II des vorliegenden Reports unter Punkt 4 zusammengestellt.

Anhalt am besten bewertet (vgl. Tabelle 4). Mehrheitlich werden sie als „gut“ bzw. „sehr gut“ eingeschätzt.

Auffällig ist noch immer die Disproportion im Geschlechterverhältnis des Betreuungspersonals in Kindertageseinrichtungen. Unter dem Fachpersonal und den LeiterInnen von Einrichtungen standen im Jahr 2002 nach Angaben des Landesjugendamtes Halle lediglich 13 Männer 13.684 Frauen gegenüber. Innerhalb einer geschlechtergerechten Erziehung, die maßgeblich durch das praktizierte und gelebte Geschlechterverhältnis auch im (Betreuungs-)Alltag von Kindern geprägt wird, sollte deshalb dem Abbau dieser rollentypischen Disproportionen in der Beschäftigungsstruktur weiterhin besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

In Verbindung mit der schulischen Ausbildung ist zu erkennen, dass die Zahl von Schülerinnen und Schülern - in Übereinstimmung mit der Bevölkerungsentwicklung - weiterhin rückläufig ist und sich bei Jungen und Mädchen um jeweils ca. 10.000 Personen auf 133.033 Schülerinnen und 136.036 Schüler im Jahr 2002 verringerte.

Während in Grund-, Sekundar- und Sonderschulen überwiegend Jungen lernten, waren Mädchen in größerem Umfang in Gymnasien vertreten. Ihren Niederschlag findet diese Entwicklung u.a. darin, dass mit 60,7 Prozent mehr Mädchen als Jungen (39,3 Prozent) die Schule mit dem Abschluss der Hochschulreife beendeten und somit über die Möglichkeit verfügten, ein Studium aufzunehmen.

Unter den LehrerInnen, deren Zahl sich im Schuljahr 2002/03 von 22.952 auf 23.683 leicht erhöhte, finden sich weiterhin deutlich mehr Frauen (79,5 Prozent) als Männer (20,5 Prozent). Die vertikale Segregation in der Form, dass Lehrerinnen verstärkt an Grundschulen tätig sind (28,2 Prozent aller Lehrerinnen, 5,5 Prozent aller Lehrer), während 30,6 Prozent aller männlichen Lehrkräfte am Gymnasium unterrichten, an dem lediglich 18,1 Prozent aller Lehrerinnen tätig sind, blieb auch im Schuljahr 2002/03 unverändert.

Sowohl der Aufbau des Schulsystems als auch die Qualität der schulischen Ausbildung in Sachsen-Anhalt werden durch die Bürgerinnen und Bürger überaus kritisch bewertet (vgl. Tabelle 4). Trotz einer leichten Verbesserung gegenüber dem Vorjahr schätzen noch immer annähernd 70 Prozent aller dazu befragten Frauen und Männer in Sachsen-Anhalt die schulische Ausbildung als „eher schlecht“ bzw. „schlecht“ ein. Zusammen mit den Ergebnissen vergleichender Bildungsstudien unterstreicht dies den Reformbedarf im Sektor der schulischen Bildung.

Vor dem Hintergrund der angespannten Arbeitsmarktsituation und daraus resultierender Probleme in der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen gestaltet sich die berufliche Aus- und Weiterbildung in Sachsen-Anhalt weiterhin schwierig. Im Jahr 2002 ging der Bestand an Auszubildenden gegenüber dem Vorjahr bei Frauen von 23.509 auf 21.941 und bei Männern von 38.609 auf 37.020 weiter zurück. Während weibliche Auszubildende verstärkt im Bereich der überbetrieblichen Ausbildung vertreten waren, konnten Männer in größerem Umfang Möglichkeiten einer betrieblichen Ausbildung nutzen. Die geschlechertypische Segmentation des Ausbildungsmarktes in Form der Bewerbung für und Einmündung in so genannte typische „Frauen- und Männerberufe“ hielt auch im Jahr 2002 unverändert an.

Tabelle 4: Bewertung der Betreuungs- und Bildungsangebote in Sachsen-Anhalt - Vergleich 2002 und 2003 (Angaben in Prozent)

| Bewertung von | Frauen | | | | | | | | Männer | | | | | | | |
|---|--------|------|----------|------|---------------|------|----------|------|--------|------|----------|------|---------------|------|----------|------|
| | gut | | eher gut | | eher schlecht | | schlecht | | gut | | eher gut | | eher schlecht | | schlecht | |
| | 2002 | 2003 | 2002 | 2003 | 2002 | 2003 | 2002 | 2003 | 2002 | 2003 | 2002 | 2003 | 2002 | 2003 | 2002 | 2003 |
| Angebot an Kindergartenplätzen | 19,8 | 16,0 | 47,9 | 46,9 | 27,2 | 28,8 | 5,0 | 8,3 | 19,3 | 11,5 | 47,2 | 46,8 | 27,9 | 34,4 | 5,6 | 7,2 |
| Qualität der Kindergärten | 18,6 | 14,1 | 61,1 | 62,7 | 19,5 | 19,8 | 0,8 | 3,4 | 18,4 | 10,3 | 60,1 | 62,2 | 18,8 | 23,9 | 2,7 | 3,7 |
| Angebot an Kinderkrippenplätzen | 17,2 | 12,5 | 46,9 | 46,6 | 31,3 | 32,3 | 4,5 | 8,6 | 18,0 | 12,3 | 43,3 | 41,1 | 33,1 | 37,0 | 5,6 | 9,6 |
| Qualität der Kinderkrippen | 16,1 | 12,8 | 64,3 | 61,1 | 18,6 | 22,1 | 1,1 | 4,0 | 17,3 | 9,9 | 56,6 | 63,4 | 22,7 | 23,4 | 3,4 | 3,4 |
| Qualität d. Hochschul-/Universitätsausbildung | 12,1 | 16,4 | 63,0 | 63,1 | 22,3 | 18,7 | 2,6 | 1,8 | 15,2 | 15,8 | 68,2 | 70,6 | 15,2 | 13,2 | 1,4 | 0,3 |
| Möglichkeiten d. Studiums an Hochschulen/ Univ. | 11,6 | 16,4 | 60,4 | 61,0 | 23,5 | 19,5 | 4,4 | 3,1 | 14,5 | 14,0 | 63,0 | 69,4 | 20,5 | 15,1 | 2,0 | 1,5 |
| Angebot für berufliche Weiterbildung/Qualifizierung | 5,7 | 4,2 | 34,4 | 36,3 | 51,2 | 47,8 | 8,7 | 11,7 | 6,1 | 4,4 | 41,9 | 43,8 | 43,5 | 42,8 | 8,4 | 9,0 |
| Qualität der beruflichen Weiterbildung/Qualifizierung | 4,5 | 5,7 | 51,3 | 39,8 | 38,8 | 45,6 | 5,4 | 9,0 | 6,6 | 3,9 | 50,0 | 50,6 | 37,8 | 39,7 | 5,6 | 5,9 |
| Aufbau d. Schulsystems | 2,6 | 3,3 | 25,8 | 29,7 | 51,7 | 44,4 | 19,8 | 22,5 | 1,9 | 3,9 | 25,6 | 28,1 | 51,9 | 47,8 | 20,6 | 20,2 |
| Qualität der schulischen Bildung | 1,8 | 2,8 | 25,7 | 29,2 | 54,5 | 48,2 | 17,9 | 19,8 | 1,9 | 3,4 | 24,1 | 25,5 | 51,9 | 50,6 | 22,2 | 20,5 |
| Qualität der Berufsausbildung | 1,6 | 2,3 | 44,0 | 43,7 | 44,0 | 42,4 | 10,3 | 11,7 | 3,2 | 2,5 | 41,0 | 45,4 | 43,2 | 39,8 | 12,7 | 12,3 |
| Ausbildungsplatzangebot | 0,3 | 0,3 | 2,0 | 2,5 | 39,6 | 33,1 | 58,1 | 64,2 | - | 0,3 | 2,8 | 2,6 | 37,5 | 31,6 | 59,7 | 65,5 |

Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt, 2002 und 2003

Nicht zuletzt die zwischen diesen geschlechertypischen Berufen bestehenden Lohn- und Gehaltsunterschiede zeichnen für die Fortschreibung der Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich, weshalb dieser Problematik im vorliegenden Report gesonderte Aufmerksamkeit gewidmet wird (vgl. Slomka 2003, S. ff). Das Ausbildungsplatzangebot wird - angesichts der erwähnten objektiven Probleme in der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen - von jeweils mehr als 90 Prozent aller Frauen und Männer in Sachsen-Anhalt als „eher schlecht“ bzw. „schlecht“ bewertet, wobei sich 2003 geschlechtsunabhängig eine Zunahme der negativen Einschätzungen gegenüber dem Vorjahr zeigt. Positivere Bewertungen lassen die Urteile in Bezug auf die Qualität der Berufsausbildung erkennen, die von etwas weniger als der Hälfte aller weiblichen und männlichen Befragten als „gut“ bzw. „eher gut“ beurteilt wird und damit bessere „Noten“ erhält als die schulische Bildung (vgl. Tabelle 4).

Hochschulen und Universitäten im Land verzeichnen weiterhin einen wachsenden Zulauf an StudentInnen. Im Jahr 2002 studierten mit 22.700 Studentinnen und 20.600 Studenten 1.900 Frauen und 700 Männer mehr an den höchsten Bildungseinrichtungen des Landes als noch im Jahr 2001. Die Zahl der Studienanfängerinnen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 4.000 Frauen auf 5.100, während diese Zahl bei Männern von 4.500 auf 3.500 Studienanfänger fiel.

Eine Differenzierung nach Fachrichtungen lässt auch im Bereich der Hochschulausbildung geschlechtsspezifische Unterschiede in der Berufsorientierung hervortreten. Studentinnen präferieren weiterhin geisteswissenschaftliche Studienrichtungen, wie Sprach- und Kulturwissenschaften (Frauen: 73,7 Prozent, Männer: 26,3 Prozent) sowie Kunst und Kunstwissenschaft (Frauen: 68,9 Prozent, Männer: 31,1 Prozent), während Männer deutlich stärker in naturwissenschaftlich-technischen Fachrichtungen vertreten sind (z.B. Ingenieurwissenschaften - Frauen: 16,5 Prozent, Männer: 83,5 Prozent; Mathematik/Naturwissenschaften - Frauen: 41,2 Prozent, Männer: 58,8 Prozent). Gegenüber dem Vorjahr deutlich verringert hat sich die Geschlechterdisparität im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, wo unter Anwachsen des Anteils von Studenten inzwischen ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis zwischen weiblichen (50,8 Prozent) und männlichen Studierenden (49,2 Prozent) besteht.

Im Zeitraum 2000 bis 2002 war ein leichter Anstieg im Bereich des Hochschulpersonals von 16.294 auf 16.587 Personen zu verzeichnen, der unter Verringerung des weiblichen und Erhöhung des Anteils männlicher Beschäftigter erfolgte. Im Bereich des Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personals wurden ca. 600 Stellen weiblicher Beschäftigter abgebaut, während Männer einen Zuwachs von ca. 100 Stellen in diesem Bereich verbuchten. Eine annähernd gleiche Erhöhung des Stellenumfangs von Frauen und Männern ließ die Entwicklung im Bereich des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals erkennen. Hier erhöhte sich die Zahl der Frauen von 2.158 auf 2.555 und bei Männern von 4.257 auf 4.667. Auch wenn sich damit der Anteil von Frauen in dieser Personalgruppe weiter erhöhte, lag

er auch im Jahr 2002 mit 35,4 Prozent deutlich unter dem der Männer, die damit annähernd zwei Drittel des wissenschaftlich-künstlerischen Personals stellten.

Unter allen Betreuungs- und Bildungsangeboten erhält die Hochschul-/Universitätsausbildung nach dem Betreuungsangebot in Kindereinrichtungen die besten Bewertungen. Jeweils ca. 80 Prozent aller Frauen und Männer schätzen sowohl die Möglichkeiten für ein Hochschul-/Universitätsstudium sowie dessen Qualität in Sachsen-Anhalt als „gut“ bzw. „eher gut“ ein.

6. Familiäre Situation

Die Familie, die als primäre Sozialisationsinstanz in entscheidendem Maß den kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Charakter einer Gesellschaft bestimmt und sich in Abhängigkeit von diesem verändert, ist in ihrer Entwicklung weiterhin durch eine hohe Dynamik und einen tiefgreifenden strukturellen Wandel geprägt¹⁴. Die wichtigsten Entwicklungstendenzen, die sich diesbezüglich auch in Sachsen-Anhalt zeigen, können wie folgt zusammengefasst werden¹⁵.

- Der schon in den vorangegangenen Jahren zu beobachtende Trend, dass eine zunehmende Zahl von Menschen allein lebt, hält als Ausdruck eines Wechsels in den Lebensformen auch in Sachsen-Anhalt ungebrochen an. So stieg im Zuge anhaltender Individualisierungsprozesse die Zahl der Einpersonenhaushalte von 410.600 im Jahr 2001 auf 412.200 im Jahr 2002, während sich parallel dazu der Umfang der Mehrpersonenhaushalte von 808.500 auf 796.900 verringerte.
- Die Gesamtzahl der Familien in Sachsen-Anhalt ging im Jahr 2002 erneut zurück. Gleichzeitig verringerte sich die durchschnittliche Familiengröße und nahm auch die Zahl der Kinder je Familie im Jahr 2002 weiter ab (vgl. Diagramm 10). Im Vergleich zum Vorjahr sank der Bevölkerungsumfang in Familien mit ledigen Kindern (ohne Altersbegrenzung) um 12.500 Personen von 1.322.600 Personen im Jahr 2001 auf 1.310.100 im Jahr 2002. Die Zahl der Kinder in Familien fiel von 622.300 auf 612.300.
- Seit 1995 ging in Sachsen-Anhalt erstmals die Zahl der Lebendgeburten wieder leicht zurück und verringerte sich bei Mädchen von 8.800 auf 8.500, bei Jungen von 9.300 auf 9.100 Lebendgeburten. Gleichzeitig äußerten im Jahr 2003 weniger Frauen und Männer als noch im Vorjahr den Wunsch, in den nächsten 2 Jahren ein Kind zu bekommen. Beabsichtigten dies im Jahr 2002 noch 14,7 Prozent aller befragten Frauen, so waren es im Jahr 2003 nur noch 12,9 Prozent.

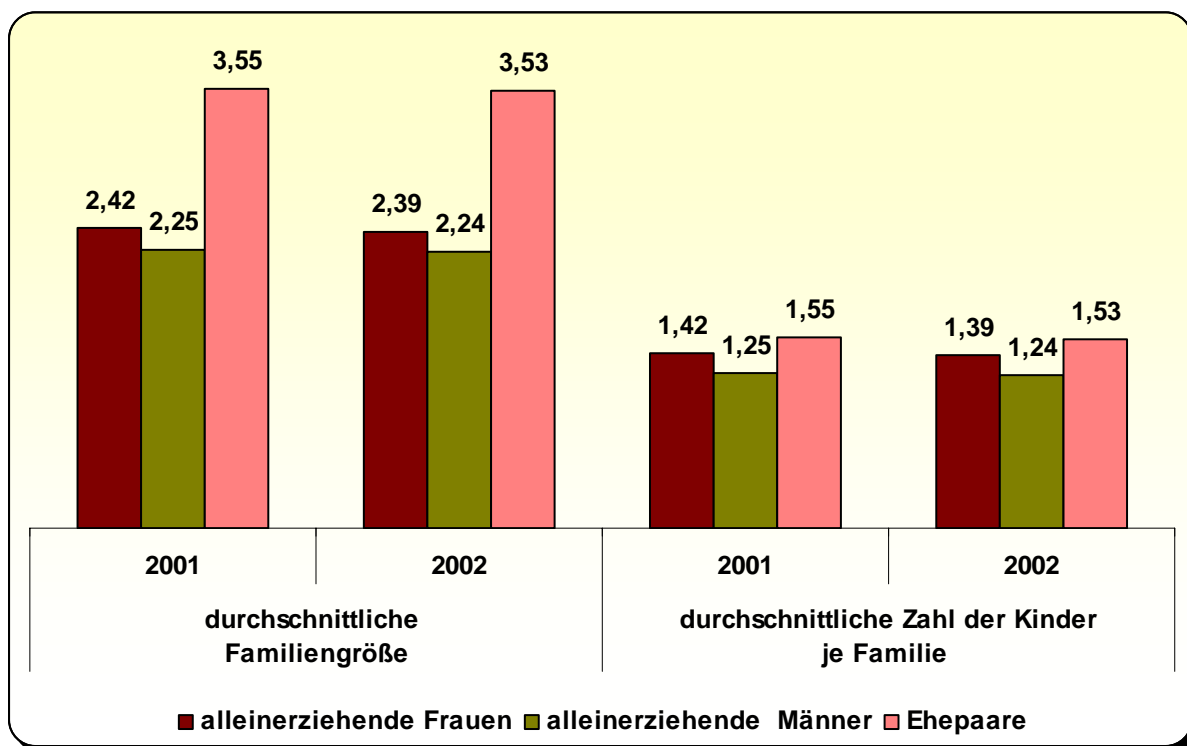
¹⁴ Im Ergebnis dieser Entwicklung ist auch der Familienbegriff selbst einem starken Wandel unterworfen und wird sowohl im Alltagsverständnis als auch im wissenschaftlichen Sprachgebrauch sehr unterschiedlich verwendet. Während die offizielle Statistik zu Familien z.B. auch Ehepaare ohne Kinder zählt, orientieren neuere Definitionen stärker darauf, im Familienbegriff die verschiedenen Formen des Zusammenlebens mit Kindern zu erfassen, was auch dem offiziellen Familienverständnis in Sachsen-Anhalt entspricht und den folgenden Ausführungen zugrunde liegt.

¹⁵ Ausführliches Datenmaterial zur Familiensituation ist im Teil II des vorliegenden Reports unter Punkt 5 zusammengestellt.

Bei Männern ging der entsprechende Prozentsatz von 10,4 Prozent im Jahr 2002 auf 8,8 Prozent im Jahr 2003 zurück.

- Die Formen des Zusammenlebens mit Kindern, d.h. die Familienformen, nehmen an Vielfalt weiter zu. Die Ehe bildete auch im Jahr 2002 mit insgesamt 281.900 Paaren mit Kindern die Hauptform des familiären Zusammenlebens, gefolgt von 133.900 allein erziehenden Müttern und Vätern sowie 43.800 nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern. Der Sachverhalt, dass in 45,8 Prozent aller Ehen und 51 Prozent aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften Kinder lebten, unterstreicht, dass Lebensgemeinschaften – speziell in Ostdeutschland - in ihrer Bedeutung nicht mehr auf die Funktion als einfaches „Vorbereitungsstadium“ auf die Ehe zu reduzieren sind, sondern als eigenständige Familienform weiter zunehmend an Gewicht gewinnen.

**Diagramm 10: Familien mit Kindern ohne Altersbegrenzung
(Vergleich 2001 und 2002, Angaben in Personen)**



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt und eigene Berechnungen

- Im Jahr 2002 ging die Zahl der Eheschließungen erneut leicht zurück, während der Umfang der Ehescheidungen auf dem Niveau des Vorjahres verblieb. Die Zahl von 9.400 Eheschließungen lag dennoch deutlich über derjenigen der Scheidungen, die sich auf 5.400 belief.
- Nach einem im Jahr 2001 zu verzeichnenden Rückgang, erhöhte sich die Zahl allein erziehender Frauen im Jahr 2002 erneut um ca. 3.000 Personen auf 107.500 Alleinerziehende. Der Anteil allein erziehender Männer ging demgegenüber im gleichen Zeitraum um 1.100 Personen auf 26.400 Alleinerziehende zurück. Frauen stellten mit 80,3 Prozent damit weiterhin die

überwiegende Mehrheit der Alleinerziehenden und waren damit erneut in wesentlich stärkerem Umfang als Männer mit Erziehungsaufgaben und daraus resultierenden finanziellen und zeitlichen Belastungen konfrontiert.

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass die skizzierten Entwicklungstendenzen als Ausdruck der im Modernisierungsgeschehen verstärkt zu beobachtenden Individualisierungsprozesse und einer in diesem Kontext zunehmenden Vielfalt der Formen familiären Zusammenlebens gewertet werden können. Wenn Prozesse der Individualisierung für die Familien dabei einerseits wachsende Freiheiten und größere, selbstverantwortlich zu gestaltende Entscheidungsspielräume bieten, so sind sie andererseits mit zunehmenden Abhängigkeiten von Bedingungen verbunden, die sich dem individuellen Zugriff vollständig entziehen und auch weiterhin ein stark ausgeprägtes Grundbedürfnis nach einer glücklichen PartnerInnenschaft und Familie entstehen lassen (vgl. Tabelle 1). Demgegenüber ist jedoch auch nicht zu übersehen, dass die Erziehung von Kindern sich für Eltern mit einem zunehmenden Aufwand an Ressourcen (u.a. an Zeit sowie materiellen und finanziellen Mitteln) verbindet, der eigene Individualisierungsprozesse in Form der Einschränkung von Möglichkeiten der persönlichen Bedürfnisbefriedigung behindert. Neben einer geringeren Bereitschaft, derartige Einschränkungen in Kauf zu nehmen, sind es deshalb insbesondere wachsende finanzielle und zeitliche Belastungen, die negativ auf den Kinderwunsch und damit die Entwicklung von Familien wirken. Nicht von ungefähr finden sich deshalb unter allen Schwierigkeiten, die das Familienleben belasten, „Probleme in Verbindung mit der Erwerbstätigkeit“, „Belastungen durch die sozio-ökonomische Situation“ sowie „Probleme der Kindererziehung und –betreuung“ auf Platz 1 bis 3 einer entsprechenden Problemskala (Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt 2001, S. 118 ff). Wenn gerade diese Schwierigkeiten sowohl untereinander als auch mit Problemen wie „zu wenig Zeit für Kinder“, „Probleme mit der/m Partner/-in“ und nicht zuletzt mit einem abnehmenden Kinderwunsch korrelieren, dann avancieren Fragen der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einem zentralen Punkt, wenn es darum geht, die Möglichkeiten für die Gründung und Entwicklung von Familien zu erweitern und zu verbessern.

Die Tatsache, dass gegenwärtig noch erhebliche und z.T. weiter zunehmende Ungleichgewichte in der Beteiligung von Frauen und Männern am Arbeitsleben sowie in der Wahrnehmung von familiären Aufgaben bestehen, ist dabei nicht zu übersehen. Sind es einerseits auf individueller Ebene weiterhin nachweisbare tradierte Rollenbilder, die zu einer ungleichen Verteilung der Familienarbeit führen, so behindern andererseits strukturelle Rahmenbedingungen, wie geschlechertypische Ungerechtigkeiten in der Vergütung der Erwerbsarbeit von Frauen (siehe oben) oder unternehmensseitig nur in unzureichendem Maß vorhandene Möglichkeiten für Männer, z.B. stärker Erziehungsaufgaben wahrzunehmen, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Claus 2003, S.1). Die Schaffung von Möglichkeiten einer gerechteren Teilhabe von Frauen am

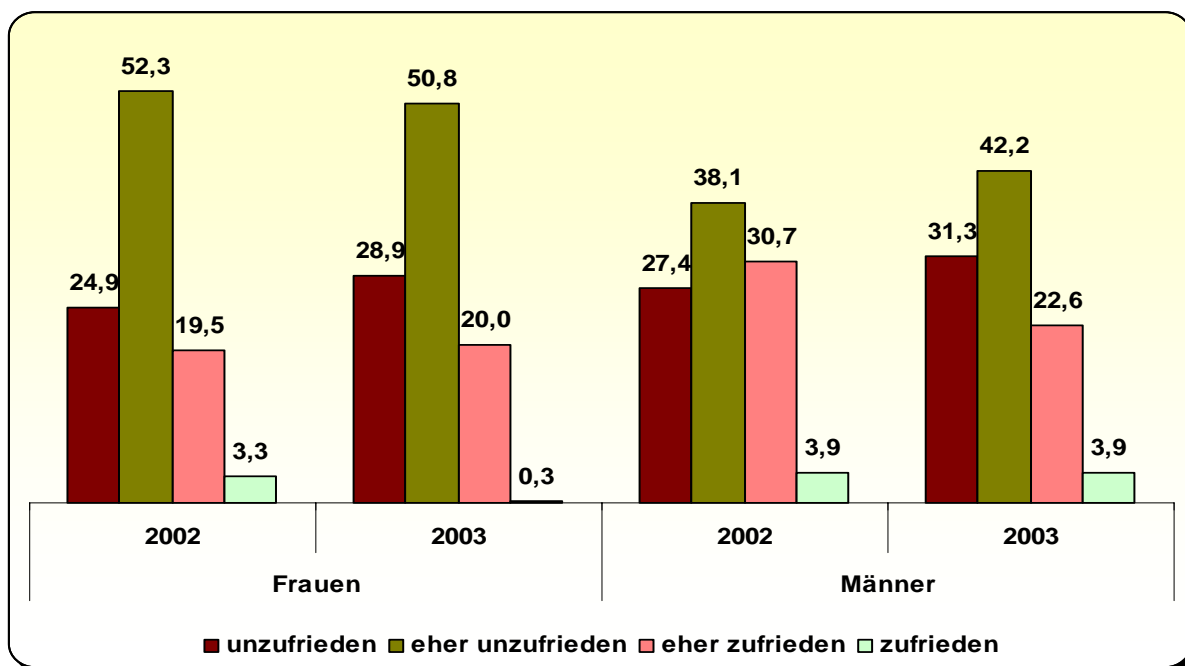
Erwerbsleben sowie von Männern an der Familienarbeit bildet vor diesem Hintergrund eine wichtige Grundlage zur Verbesserung der objektiven und subjektiven Voraussetzungen für die Erweiterung und Entwicklung funktionaler Familienstrukturen.

7. Gesellschaftliche Mitwirkung

Gesellschaftliches Engagement und soziale Partizipation sind wesentliche Komponenten, über die sich die soziale Integration von Frauen und Männern realisiert. Die Teilhabe am politischen Leben, die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten oder die Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen stehen dabei für Gemeinschaftssinn und sozialen Zusammenhalt, d.h. für Verhaltensweisen, die für ein funktionierendes Gemeinwesen von elementarer Bedeutung sind¹⁶.

Der schon über Jahre und bundesweit zu beobachtende relativ geringe Stellenwert, den Frauen und Männer politischem oder sozialem Engagement innerhalb ihrer Wertorientierungen beimessen (vgl. Tabelle 1), findet auch im Umfang entsprechender Aktivitäten seinen Niederschlag. So rangieren beispielsweise in Sachsen-Anhalt die „Beteiligung am Vereins-/Verbandsleben“, „ehrenamtliche Tätigkeiten“ oder „politische Aktivitäten“ hinsichtlich der Häufigkeit ihrer Ausübung auf den Plätzen 23 bis 26 einer Skala mit insgesamt 26 Tätigkeitskategorien.

Diagramm 11: Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in Sachsen-Anhalt (Vergleich 2002 und 2003, Angaben in Prozent)



Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt, 2002 und 2003

¹⁶ Ausführliches Datenmaterial zur gesellschaftlichen Mitwirkung ist im Teil II des vorliegenden Reports unter Punkt 9 zusammengestellt.

Vertrauensverluste in die Politik, wie sie in diesem Zusammenhang als Ursache von „Politikabstinenz“ auszumachen sind, resultieren vor allem aus einer relativ hohen und im Zeitraum von 2002 bis 2003 weiter gewachsenen Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in Sachsen-Anhalt (vgl. Diagramm 11).

Obwohl Frauen mit 79,7 Prozent auch im Jahr 2003 gegenüber Männern (73,5 Prozent) noch immer den größeren Anteil der „Unzufriedenen“ und „eher Unzufriedenen“ ausmachen, fällt die Steigerungsrate in diesen Kategorien gegenüber dem Vorjahr bei Männern mit 8 Prozentpunkten deutlich höher aus als bei Frauen (2,5 Prozentpunkte).

Die engen Zusammenhänge zwischen der Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen und der Unzufriedenheit in anderen Lebensbereichen sprechen dafür, dass Frauen und Männer die Politik verstärkt für ihre zunehmend angespannte Lebenssituation verantwortlich machen. Unabhängig davon, dass hinter der Kritik an den politischen Verhältnissen in Sachsen-Anhalt nicht in jedem Fall fundiertes Wissen über die objektiven Gestaltungsspielräume und Sachzwänge im politischen Handeln steht und auch die notwendige Differenzierung zwischen bundes- und landespolitischen Aktivitäten bzw. Handlungsoptionen sicherlich keine umfassende Berücksichtigung findet, so kann sie doch als Indiz einer weiter zunehmenden Kluft zwischen Bevölkerung und politischen AkteurlInnen gewertet werden. Zum Ausdruck kommt dies u.a. in der Beurteilung einzelner Parteien, die vermittels einer Skala von 0 bis 10 (0=„ganz und gar schlecht“, 10=„sehr gut“) erhoben wurde (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Bewertung der Parteien¹
(Vergleich 2002 und 2003, Mittelwerte)

| Bewertung | Frauen | | Männer | |
|------------------|--------|------|--------|------|
| | 2002 | 2003 | 2002 | 2003 |
| CDU | 5,11 | 4,58 | 5,21 | 4,83 |
| SPD | 4,89 | 3,50 | 4,51 | 3,42 |
| FDP | 3,92 | 3,16 | 3,86 | 2,99 |
| PDS | 3,89 | 3,20 | 3,76 | 3,00 |
| Bündnis 90/Grüne | 3,18 | 2,79 | 2,50 | 2,70 |
| Schill-Partei | 1,17 | 0,80 | 0,99 | 0,68 |
| Republikaner | 0,57 | 0,56 | 0,53 | 0,56 |
| NPD | 0,55 | 0,60 | 0,56 | 0,51 |

¹Mittelwerte einer Skala von 0 = „ganz und gar schlecht“ bis 10 = „sehr gut“

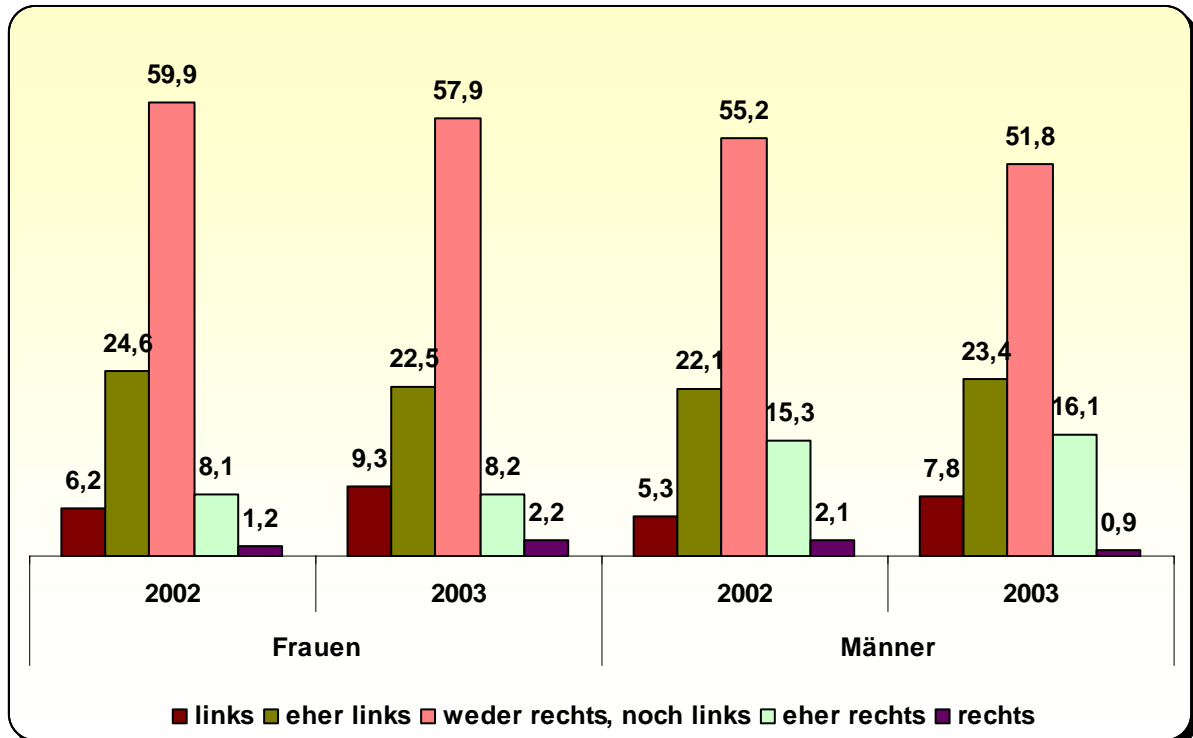
Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt, 2002 und 2003

Beachtenswert ist zunächst, dass keine der bewerteten Parteien, eine „Benotung“ erhält, die sich im positiven Bereich, d.h. zwischen 5 und 10 bewegt. Hinzu kommt, dass gegenüber dem Vorjahr nahezu sämtliche Parteien von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt negativer beurteilt werden – mit Ausnahme von Bündnis 90/Grüne, die von Männern im Jahr 2003 eine leicht bessere Bewertung erhalten. Am

auffälligsten sind die Verluste bei der SPD, die sowohl in der Beurteilung durch Frauen als auch Männer jeweils mehr als einen Punkt auf der Bewertungsskala einbüßt. Zugleich bestätigen die Antworten auf die so genannte „Sonntagsfrage“, dass unter Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt auch weiterhin noch keine festen StammwählerInnenpotenziale existieren, Unsicherheiten in Bezug auf die Entwicklung der eigenen Lebenssituation in größerem Umfang zur WählerInnenwanderung führen und als „HoffnungsträgerInnen“ insbesondere solche Parteien gelten, die aktuell nicht in der offiziellen Landespolitik vertreten sind¹⁷.

Interessant ist in Verbindung damit, dass eine wachsende Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen bei Frauen kaum Auswirkungen auf das „Interesse an Politik“ zeitigt, während bei Männern mit einer größeren Unzufriedenheit ein wachsendes Interesse an Politik korreliert, ähnlich wie dies bereits für weibliche und männliche Jugendliche in Sachsen-Anhalt an anderer Stelle nachgewiesen wurde (Boy, Claus, Karlhofer, Seeber 2001, S. 47 ff). So äußerten beispielsweise im Jahr 2003 21,5 Prozent aller befragten Männer gegenüber lediglich 16,4 Prozent im Jahr 2002, dass sie ein „sehr großes“ Interesse an Politik hätten, während bei Frauen im gleichen Zeitraum lediglich Werte von 9,1 bzw. 11,8 Prozent in dieser Antwortposition gemessen wurden.

**Diagramm 12: Politische Standortbestimmung
(Vergleich 2002 und 2003, Angaben in Prozent)**



Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt, 2002 und 2003

¹⁷ Da Antworten auf die Frage nach der „Wahlabsicht am nächsten Sonntag“ sehr stark von aktuellen Einflüssen abhängig sind und deshalb im Zeitverlauf größeren Veränderungen unterliegen, wird hier auf ihre detaillierte Darstellung verzichtet.

An der Bereitschaft, politisch mitzuwirken, z.B. in der Form, sich wählen zu lassen oder ein politisches Amt oder Mandat zu übernehmen, ändert dieses gewachsene Interesse jedoch kaum etwas. Auch im Jahr 2003 zeigten sich mit 36,3 Prozent zwar wiederholt deutlich mehr Männer als Frauen (19,0 Prozent) bereit, in dieser Form Verantwortung zu übernehmen, gab es jedoch kaum Abweichungen von den bereits im Vorjahr erhobenen Werten (2002: Frauen: 17,9 Prozent, Männer: 35,7 Prozent). Die in Verbindung mit der Unzufriedenheit mit politischen Verhältnissen häufig zu verzeichnende Tendenz einer wachsenden Neigung zu politisch extremen Positionen, ist in Sachsen-Anhalt nicht nachweisbar. Obwohl die entsprechenden Antworten auf die Frage nach der politischen Selbstverortung in den extremeren Positionen noch immer über den Vergleichswerten anderer, speziell westlicher Bundesländer liegen, sind im Zeitraum 2002 bis 2003 keine größeren Veränderungen im Links-Rechts-Spektrum festzustellen. Lediglich bei Männern zeigt sich ein etwas stärkerer Anstieg linker politischer Positionen von 27,4 Prozent im Jahr 2002 auf 31,2 Prozent im Jahr 2003 (vgl. Diagramm 12).

8. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Wie der Überblick zu ausgewählten Lebensbereichen zeigt, gestaltet sich die Lebenssituation von Frauen und Männern unter dem Druck wachsender makroökonomischer und –sozialer Probleme zunehmend schwierig. Wird dies zum einen anhand wachsender *objektiver Belastungen* deutlich, z.B. in Verbindung mit größeren Problemen im finanziellen Bereich oder den eingeschränkten Möglichkeiten der Teilhabe am Erwerbsleben, so finden diese Entwicklungen zum anderen in einer zunehmend negativeren *subjektiven Bewertung* der persönlichen Lebensumstände, z.B. in Form der gestiegenen Unzufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation, ihren Niederschlag. Die Einflussnahme auf eine Verbesserung der objektiven Lebenssituation so zu gestalten, dass sich damit gleichzeitig ein möglichst großer Effekt im Sinne einer Erhöhung des sozialen Wohlbefindens von Frauen und Männern erreichen lässt, erscheint insbesondere dann möglich, wenn man sich innerhalb politikgestaltender Aktivitäten auf jene Lebensbereiche konzentriert, in denen zusätzlich zu bestehenden objektiven Entwicklungserfordernissen die Differenz zwischen subjektiver Bedeutsamkeit dieser Lebensbereiche und der diesbezüglich realisierten Bedürfnisbefriedigung besonders groß ausfällt. Eine derartige Betrachtungsweise verweist – neben ohnehin notwendigen Interventionen im Bereich der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes – auf eine Fokussierung politischer Aktivitäten auf die Bereiche „Familie“ sowie „Bildung und Erziehung“. Neben Fortschritten innerhalb der Verbesserung der realen Lebensumstände lassen derartige Aktivitäten besonders positive Auswirkungen hinsichtlich einer wachsenden Zufriedenheit von Frauen und Männern mit ihrer gesamten Lebenssituation erwarten, die ihrerseits die Bindung an sowie Identifikation mit dem Land erhöht. Angesichts der wachsenden demographischen Probleme erscheint ein solches Herangehen bzw. eine derartige Schwerpunktsetzung zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes gerechtfertigt. Darauf, dass sich damit zusammenhängende Probleme nicht auf das Land Sachsen-Anhalt beschränken und sich deshalb auch nicht allein auf landespolitischer Ebene lösen lassen bzw. ohne die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen auf Bundesebene kaum zu bewältigen sind, sei hier – ähnlich wie dies auch in Verbindung mit allen weiteren Schlussfolgerungen gilt – nur hingewiesen.

Elementare Voraussetzung zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Wirtschafts- und Sozialsysteme bildet die Entwicklung einer angemessenen Bevölkerungsstruktur und -reproduktion. Die in Verbindung mit der Bevölkerungsentwicklung aufgezeigten Daten und Fakten verweisen in mehrfacher Hinsicht auf Interventionsbedarfe. Erkennbar ist zunächst, dass Frauen und Männer in Sachsen-Anhalt - wie in Deutschland insgesamt - aufgrund einer gestiegenen Lebenserwartung länger am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Bedeutet dies, dass seitens der Gesellschaft alters- und geschlechtergerechte Möglichkeiten der Partizipation entwickelt, bereitgestellt und finanziert werden müssen, so resultiert daraus umgekehrt für Frauen und Männer die Notwendigkeit, vor dem Hintergrund der gewonnenen

Lebenszeit einen größeren Teil an Leistungen für die Gesellschaft zu erbringen. Dies vor allem deshalb, da sowohl die Wirtschaft als auch soziale Sicherungssysteme zunehmend an ihre Grenzen stoßen, die höhere Lebenserwartung in Form einer bislang mehr oder weniger „automatisch“ damit verbundenen Erweiterung von „Pensionszeiten“ ohne „Gegenleistung“ weiter zu finanzieren. Dass es zu diesem Zweck der Entwicklung neuer Möglichkeiten und Modelle bedarf, die Frauen und Männer in die Lage versetzen, derartige Leistungen im Interesse der Gemeinschaft zu erbringen, liegt auf der Hand. Ein differenziertes Vorgehen im Zuge der Durchsetzung der Geschlechtergerechtigkeit schließt dabei ein, die unterschiedliche Lebenserwartung von Frauen und Männern zum einen in den anzubietenden Partizipationsmöglichkeiten, zum anderen auch im Volumen der jeweils zu erbringenden „Mehrleistungen“ angemessen zu berücksichtigen.

Wie aus den Daten der Bevölkerungsentwicklung ebenso deutlich wird, resultieren aus einer nur ungenügend gesicherten Reproduktion der Bevölkerung verstärkt dysfunktionale Folgen für die Entwicklung des Humankapitals. Die enorme Bedeutung, die vor diesem Hintergrund der Gestaltung familien- und kindgerechter Lebensbedingungen zukommt, schließt ein, „Reproduktionsleistungen“ dort, wo sie z.B. im Rahmen der Familiengründung und Kindererziehung erbracht werden, künftig wesentlich stärker als bisher gesellschaftlich anzuerkennen bzw. zu unterstützen. Dabei gilt es, solche Bedingungen zu schaffen, die dazu beitragen, dass bestehende Ungerechtigkeiten zwischen jenen, die nicht zur notwendigen Bevölkerungsreproduktion beitragen und denen, die dies verbunden mit z.T. erheblichen Einschränkungen in ihrer Lebenssituation tun, durch Umverteilungsprozesse ausgeglichen werden können. Dass Maßnahmen zur Unterstützung von Familien nicht auf die Familienpolitik im engeren Sinne zu beschränken sind, sondern zunehmend zu einer Querschnittsaufgabe für sämtliche Politikfelder werden, ist dabei nicht zu übersehen. Mit der Gestaltung familienfreundlicher Lebensbedingungen lassen sich zugleich Möglichkeiten zur Erhöhung der Attraktivität Sachsen-Anhalts entwickeln, die neben anderen Faktoren dazu beitragen können, insbesondere jungen Frauen und Männern Zukunftsperspektiven im Land zu eröffnen und weiteren Wanderungsverlusten präventiv zu begegnen.

Dies gilt auch und in besonderem Maße in Verbindung mit den Möglichkeiten zur selbständigen und selbstbestimmten Sicherung der wirtschaftlichen und finanziellen Unabhängigkeit. Frauen verfügen hier nach wie vor in geringerem Umfang als Männer über die Chance, ihren Lebensunterhalt vermittels einer Erwerbstätigkeit zu bestreiten. Besonders jüngere Frauen sind gegenüber Männern im gleichen Alter wesentlich häufiger von Hilfen zum Lebensunterhalt abhängig bzw. realisieren ein deutlich geringeres Einkommen. Innerhalb der Entwicklung spezieller Unterstützungsmaßnahmen zur Integration von Frauen in das Erwerbsleben sollte daher auf Förderangebote für Frauen im Alter bis unter 25 Jahre besonderer Wert gelegt werden. Ungerechtigkeiten, von denen insbesondere Frauen betroffen sind, zeigen sich des Weiteren in geschlechtertypischen Einkommensdifferenzen, die u.a.

aus der unterschiedlichen Bewertung und Bezahlung von Tätigkeiten in so genannten „frauen- und männertypischen“ Berufsfeldern resultieren oder ihre Ursache in schlechteren Karrierechancen von Frauen haben. Neben weiteren Bemühungen im Rahmen einer Um- und Neubewertung von „geschlechertypischen Tätigkeiten“ sowie einer gezielten Berufsorientierung von Frauen, die ihnen in Überwindung von tradierten Rollenbildern den Zugang zu neuen, innovativen und besser bezahlten Tätigkeiten eröffnet, gilt es in diesem Kontext auch verstärkt Wert darauf zu legen, die Chancen von Frauen für die Übernahme von Führungspositionen zu erweitern. In Verbindung mit der wirtschaftlichen Situation ist zudem darauf zu verweisen, dass ein Großteil aller Frauen und Männer relativ hohe Kreditbelastungen aufweist. Dass eine zunehmende Zahl dieser Frauen und Männer Probleme in der Rückzahlung ihrer Schulden hat, macht auf einen wachsenden Bedarf an Beratung und Aufklärung in Verbindung mit diesen Schwierigkeiten aufmerksam.

Die Analyse der Beschäftigungssituation verweist in Zusammenhang mit den noch immer höheren Erwerbsquoten von Männern auf den bereits oben erwähnten besonderen Unterstützungsbedarf von Frauen. Im Vordergrund sollte dabei der Abbau struktureller Benachteiligungen stehen, wie er u.a. in einem überdimensionierten Anteil von Frauen im Bereich der Teilzeitbeschäftigung bzw. einer geringen Präsenz im Segment der Selbständigen zu verzeichnen ist. Neben der Schaffung von Möglichkeiten, die es auch Männern in größerem Umfang erlauben, einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen, bedarf es dazu auch weiterhin spezifischer, auf die Bedürfnisse von Frauen zugeschnittener Maßnahmen im Bereich der Existenzgründungsförderung. Die mittlerweile nahezu ausgeglichene Geschlechterdifferenz in den Arbeitslosenquoten von Frauen und Männern gestattet künftig die stärkere Konzentration auf den Abbau von qualitativen Benachteiligungen, von denen Frauen noch immer stärker betroffen sind als Männer (z.B. in Bezug auf ihre berufliche Bildung oder die Dauer der Arbeitslosigkeit).

Im Bereich der Bildung und Erziehung existiert in Sachsen-Anhalt nach wie vor ein flächendeckendes Netz von Einrichtungen der Kinderbetreuung, das von mehr als zwei Dritteln aller Kinder im Alter unter 6 Jahren genutzt und dessen Umfang und Qualität mehrheitlich als gut eingeschätzt wird. Die Sicherung angemessener Betreuungsmöglichkeiten in Kindertageseinrichtungen auf gleichem und höherem Niveau bleibt innerhalb der oben erwähnten Bedeutung familien- und kinderfreundlicher Lebensbedingungen auch künftig eine Aufgabe von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Innerhalb einer geschlechtergerechten Erziehung sollte dabei dem Abbau der Disproportionen im Geschlechterverhältnis des Erziehungspersonals in Kindergärten-/krippen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Ein Anliegen, dessen Realisierung nicht ohne die gesellschaftliche Aufwertung des Berufsbildes des/r Erziehers/-in möglich erscheint, um in größerem Umfang auch Männer für Tätigkeiten im Bereich der Kinderbetreuung zu gewinnen. Der Reformbedarf, der hinsichtlich des Systems der schulischen Bildung existiert, ist durch verschiedene internationale Vergleichsstudien belegt und erfährt durch die

überaus kritischen Bewertungen, die in Bezug auf den Aufbau des Schulsystems sowie die Qualität der schulischen Bildung ermittelt wurden, lediglich seine Bestätigung. Innerhalb dieser Reformen sollten geschlechtertypische Unterschiede zwischen Schülerinnen und Schülern besondere Berücksichtigung finden, so u.a. auch der Sachverhalt, dass speziell Jungen in geringerem Umfang als Mädchen in der Lage sind, über den Besuch von Gymnasien die Hochschulreife zu erlangen.

Ähnlich wie schon für das Betreuungspersonal in Kindertageseinrichtungen festgestellt, gilt es auch im Bereich des LehrerInnenpersonals die vorhandenen Ungleichgewichte im Geschlechterverhältnis unter Erhöhung des Anteils von Lehrern – und dies in allen Schulformen, speziell an Grundschulen – weiter abzubauen.

Innerhalb der beruflichen Ausbildung sollte künftig weiter darauf geachtet werden, die Möglichkeiten einer betrieblichen Ausbildung für junge Frauen zu erweitern. Im Rahmen des Abbaus einer fortgesetzten geschlechtertypischen Berufsorientierung und -wahl sollte die Aufklärung und Information über verschiedene Berufsfelder möglichst breit und praxisnah, schon relativ früh ansetzen. Hochschulen und Universitäten, die einen wachsenden Zulauf an Studentinnen verzeichnen, bleiben auch künftig ein wichtiger Standortfaktor, wenn es darum geht, junge Frauen und Männer für das Leben und Arbeiten in Sachsen-Anhalt zu gewinnen. Angehende StudentInnen möglichst frühzeitig mit den Möglichkeiten des Studiums in verschiedenen Fachrichtungen vertraut zu machen und sie für zukunftsweisende Studienfächer zu interessieren, zählt dabei auch künftig zu den Kernaufgaben, die es vermittels verschiedener Instrumente und Methoden mit dem Ziel des weiteren Abbaus einer geschlechtertypisch geprägten Wahl des Studienfachs zu lösen gilt. Trotz bereits erreichter Fortschritte in der Gestaltung des Geschlechterverhältnisses unter dem Personal an Universitäten und Hochschulen sind Frauen im Bereich des wissenschaftlichen Personals noch immer unterrepräsentiert. Junge Frauen für eine wissenschaftliche Laufbahn zu motivieren und gleichzeitig die Möglichkeiten zu schaffen, diese anzutreten und unter vergleichbaren Bedingungen wie ihre männlichen Kollegen zu absolvieren, sollte deshalb auch künftig fester Bestandteil der Personalpolitik an Universitäten und Hochschulen sein.

Aus der rückläufigen Familien- und Kinderzahl resultiert für die Familienpolitik die Herausforderung, Methoden und Instrumentarien zu entwickeln, die nachhaltig den Wunsch nach einem Zusammenleben mit Kindern befördern und dazu beitragen, dass die Gründung von Familien nicht zu Ungerechtigkeiten im Vergleich mit Personengruppen ohne Erziehungsverantwortung für Kinder führt bzw. zu ungerechtfertigten Zumutungen in der Gestaltung der individuellen Lebenssituation. Angesichts der zunehmenden Vielfalt von Formen des Zusammenlebens mit Kindern sollte dafür Sorge getragen werden, dass unabhängig vom jeweiligen Status des Zusammenlebens die Wahrnehmung von Erziehungsaufgaben in gleicher Weise Unterstützung findet. Besonderer Förderung bedürfen vor diesem Hintergrund weiterhin allein erziehende Frauen und Männer, die häufig nur unter größeren Schwierigkeiten in der Lage sind, die materiellen, finanziellen und zeitlichen

Ressourcen, welche die Erziehung eines oder mehrerer Kinder erfordert, bereit zu stellen.

Die häufig nur schwer herstellbare Vereinbarkeit zwischen beruflichen und familiären Belastungen bildet nicht selten den Grund für einen nur gering oder gar nicht ausgeprägten Kinderwunsch. Für Frauen und Männer die Möglichkeiten für eine gerechte Verteilung von Berufs- und Familienarbeit zu schaffen, erfordert neben einer Verbreiterung der Teilhabemöglichkeiten von Frauen am Erwerbsleben bei gleichzeitiger Herstellung der Lohngerechtigkeit auch die Entwicklung solcher Unternehmensstrukturen, die es Männern gestatten, innerhalb einer umfangreicheren Beteiligung an der Familienarbeit z.B. Erziehungszeiten wahrzunehmen. Dass finanzielle Zwänge in den Familien derartige Möglichkeiten oftmals von vornherein begrenzen, verweist auf die Notwendigkeit vertiefender Forschungen zu diesem Thema und die Nutzung internationaler Erfahrungen, die dazu bereits in anderen Ländern existieren. Dass ohne größere finanzielle Anreize unter den gegenwärtigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktbedingungen kaum damit zu rechnen ist, den Widerspruch zwischen Beruf und Familie auch nur annähernd befriedigend zu lösen, erscheint angesichts der in den letzten Jahren zu beobachtenden Entwicklung als eher wahrscheinlich.

Da gerade der Wunsch nach einer „glücklichen Familie/PartnerInnenschaft“ in den Wertorientierungen von Frauen und Männern an erster Stelle rangiert, kann die Politik durch entsprechende Aktivitäten in dem nicht nur individuell, sondern auch gesellschaftlich bedeutsamen Bereich der Unterstützung von Familien, zur Entspannung des stark belasteten Vertrauensverhältnisses zwischen Bevölkerung und Politik beitragen. Neben einer so erreichbaren höheren Akzeptanz politischer Entscheidungen gilt es zu diesem Zweck auch die Transparenz politischer Prozesse zu erhöhen. Die zunehmend komplexeren Sachzwänge und Handlungsmöglichkeiten, die gegenwärtig den Charakter der Politik bestimmen, den potenziellen WählerInnen innerhalb eines intensiver geführten Dialogs zu verdeutlichen und sich dabei über vorhandene Interessen- und Bedürfnislagen zu informieren, erscheint als Erfolg versprechende Möglichkeit, Misstrauen abzubauen und den Grad der sozialen Integration innerhalb der Gesellschaft zu erhöhen.

9. Literatur

Boy, Cooky; Claus, Thomas; Karlhofer, Ferdinand; Seeber, Gilk: Jugend in Europa im Spannungsfeld zwischen Demokratie und Extremismus, Innsbruck/Magdeburg 2001

Bundeszentrale für politische Bildung : Datenreport 2002, Bonn 2002

Claus, Thomas: Gender-Report Sachsen-Anhalt 2002, Dr. Ziethen Verlag, Oschersleben 2002

Claus, Thomas: Vereinbarkeit von Beruf und Familie – ein individuelles Problem? In: Gender-Institut Sachsen-Anhalt (Hrsg.), GISA-Newsletter, Ausgabe 2/2003, S. 1

Dienel, Christiane; Gerloff, Antje: Geschlechtsspezifische Besonderheiten der innerdeutschen Migration. In: Claus, Thomas (Hrsg.), Gender Report Sachsen-Anhalt 2003, Dr. Ziethen Verlag, Oschersleben 2003

Eisentraut, Roswitha; Reschke, Steffen; Wagner, Gerald: Geschlechtsspezifische Aspekte ESF-geförderter Existenzgründungen in Sachsen-Anhalt. In: Gender Report Sachsen-Anhalt 2003, Dr. Ziethen Verlag, Oschersleben 2003

Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Gender Mainstreaming in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2000

Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Studie zur Situation von Familien und Kindern in Sachsen-Anhalt unter besonderer Berücksichtigung regionaler familienrelevanter Daten (Berichtsteil I) und der Gesundheit von Kindern (Berichtsteil II). Magdeburg 2000